

POLIZEI REPORT

G 6825
ISSN 2197-2273

Nr. 158 · Sept. 2024



Liebe Leserinnen und Leser!

Der Sommer neigt sich dem Ende zu und auch die Großereignisse liegen ohne große Zwischenfälle hinter uns.

Die Fußball-Europameisterschaft im eigenen Land hat alle Polizeibeschäftigten erneut vor eine große Herausforderung gestellt. Der organisatorische und planerische Aufwand der Vorbereitung und die 4-wöchige Umsetzung der Konzepte im Echtbetrieb zeugen von einer professionell aufgestellten hessischen Polizei.

Es waren die Polizeibeschäftigten, die wieder einmal bewiesen haben, dass sie bei solchen Veranstaltungen bereit sind, weitere Einschränkungen ihres Privat- und Familienlebens hinzunehmen.

Sie haben wiederholt bewiesen, dass sie die Köpfe zusammenstecken, wenn es darum geht, der Welt zu zeigen, dass wir ein gut und sicher aufgestelltes Land sind.

Aber das ist alles auch keine Einbahnstraße. Die Politik lässt sich feiern mit ihrer doch so starken Polizei, die es geschafft hat, etwas ähnliches wie ein Sommermärchen auf die Beine zu stellen.

Nun ist es daher an der Zeit, dies auch den Beschäftigten zu zeigen.

Seit Jahren steht fest, dass die Besoldung in Hessen verfassungswidrig ist. Die Landesregierung spielt weiter auf Zeit und bewegt sich keinen Meter. Traurig!

Das Zulagenwesen gehört kräftig entmystet. Im Vergleich zu anderen Ländern ein Armutszeugnis, woran auch eine mögliche Erhöhung der Polizeizulage auf 160 Euro nicht viel bewirkt. Ebenso traurig!

Nicht zu sprechen von den pensionierten Kolleginnen und Kollegen, die bis zu 45 Jahren ihre Köpfe hingehalten haben und ihnen die Ruhegehaltsfähigkeit dieser Zulage verwehrt wird. Unanständig!

Die Attraktivität des Polizeiberufs in Hessen schwindet. Es wird immer schwieriger, die Einstellungsquoten zu erfüllen. Blicken wir auf die noch immer ca. 20% Ausfallquote, darf man sich schon mal schütteln.

Themen um Themen, die seit vielen Jahren bestehen und noch immer nicht gelöst sind. Die Hoffnung auf die neue schwarz-rote Koalition hat sich leise und schnell verflüchtigt.

Was müssen sich unsere Kolleginnen und Kollegen inzwischen alles gefallen lassen. Von Respektspersonen darf nicht mehr gesprochen werden, wenn auf öffentlichen Veranstaltungen wie in Marburg die eingesetzten Kräfte als „Nazis in Uniform“ tituliert werden. Unerträglich.

Maß und Mitte geraten hier gewaltig aus den Fugen.

POLIZEI REPORT

Nachrichten – Informationen – Meinungen

Personelle Belastungen nicht überstrapazieren	5
Klare Kante: „Nazis in Uniform“ geht gar nicht	8
Auf ein Wort – Sackgasse oder Baustelle?	9
100 Tage im Amt als HPR-Vorsitzender Polizei	11
Der Aufbruch in ein neues (Berufs)Leben	14
Minister Poseck stellt sich brennenden Fragen	15
Polizeipräsidenten sind keine politischen Beamten	17
Geschichten der Verwaltungsanalogisierung	18
Traditionelle Kinder- und Ferienspiele beim HPE	20
Eine Legende ging in den Ruhestand	21
Ehrenamtlich engagiert wie Maurice	23
Tue Gutes und rede darüber	23
Herzlicher Glückwunsch der KG Limburg-Weilburg	23
Seniorenseminar vom 23. bis 25.04.2024 in Zella	24
Tschüss Thumi – willkommen neuer Senior	26
Ob die Junge Gruppe Motorrad fährt? Ja, sicher!	27
GdP-Mitglieder besuchen historische Städte	29
Crime meets Wine – neu und besonders	30
Erster sein – für viele die pure Verunsicherung	31
Neuer Tiefschlag für die Ordnungspolizei?	33
Tagesausflug der Senioren führte nach Worms	34

Titel: voinSveta/Wittig

Weshalb kommt es einem so vor, als würde das keinen interessieren? Das muss die Polizei wohl aushalten in unserem Rechtsstaat, schließlich werden solche Aussagen doch auch verfolgt. Oder?

Staatsanwaltschaften und Gerichte sind ebenso überfordert, wenn es darum geht, auf eine Tat eine schnelle Konsequenz folgen zu lassen. Das oder die Opfer bleiben kopfschüttelnd zurück. Hilflos!

Es entsteht dabei der Eindruck, dass nach vielen Monaten, teils auch Jahren,

ein kriminelles Vergehen nicht mehr so gegenwärtig ist und betroffen macht.

Aber, wer in die Köpfe der Kolleginnen und Kollegen hineinblickt, der weiß, dass dies jahrelang in den Klamotten hängen bleibt. Verarbeitung ist Selbstaufgabe.

Trotz allem sind wir stolz und froh, dass bei allen Widrigkeiten unsere Beschäftigten einen riesen Job machen.

Aber sie haben es auch verdient, wenn mal etwas zurückgegeben wird. ■

inhal

Eure Redaktion

PERSONELLE BELASTUNGEN NICHT ÜBERSTRAPAZIEREN!

GDP-CHEF MOHRHERR MIT EINEM BLICK AUF DEN SOMMER - SCHÖNER URLAUB?!

Die meisten Familien werden den verdienten, ersehnten Sommerurlaub hinter sich haben. Hoffentlich ohne Störungen bei der An- oder Abreise. Einmal mehr waren es die selbst ernannten „Klima-Aktivisten“, die im Juli und August mehrfach an deutschen Flughäfen erhebliche Störungen verursachten! Am 24. Juli mussten nach Blockadeaktionen in Köln-Bonn 31 Flüge (15 Starts, 16 Landungen) entfallen.

Passend dazu, die „Klima-Gruppe“ hatte es bereits angekündigt, fand das Ganze am Folgetag am größten deutschen Flughafen nochmal statt. Unfassbar.

Denn in Frankfurt traf es über 100.000 Passagiere.

Ursachenforschung

Betrachtet man sich die Umfriedung des Airports genauer, stellt man schnell fest, dass der 30 km lange Schutzaun aus unterschiedlichen zeitlichen Epochen besteht.

Das bedeutet, dass die neueste Zaunsgeneration am jüngsten Bauabschnitt der Nordwest-Landebahn montiert ist.

Nach dem Rückbau des Betonzauns am Startbahn-West Gelände wurde dieser Zaunabschnitt vor Jahren zurückgebaut und installiert. Irgendwie passt dieses Stückwerk nicht zusammen.

Und: es ist nicht der erste Zwischenfall am Frankfurter Flughafen. Ein Mann, der am 24. Mai 2023 mit seinem Auto in den Sicherheitsbereich des Flughafens eindrang und dort den Bundeskanzler umarmte, konnte ebenfalls leicht auf das Vorfeldgelände gelangen.

Schuld und Schadensersatz

Enttäuschte und verärgerte Fluggäste blieben im Juli zurück und fragen sich zu recht, wer die Schuld an diesem erneuten „Klima-Terror“ trägt. Die FRAPORT duckte sich zunächst weg und gab Tage später zu Protokoll, den entstandenen MilliardenSchaden an die Verursacher weiter zu geben.

Der Chef des GdP-Bezirks Bundespolizei, Andreas Rosskopf, kommentierte: Flughäfen seien „kritische Infrastruktur“.

Hier muss ein maximaler Schutz gewährleistet sein. „Da gibt es keinen Ermessensspielraum. Da ist Handeln angesagt.“ Die hessische Polizei wurde unmittelbar nach dem Vorfall in Frankfurt mit zahl-



reichen weiteren Einsatzmaßnahmen zum Schutz des Außengeländes befasst.

„Nach der Besetzung des Flughafens Köln/Bonn am Tag zuvor mit entsprechenden Ankündigungen, dass auch andere Flughäfen von der Letzten Generation besetzt werden könnten, ist es völlig unverständlich, warum vonseiten des Hausherrn nicht unmittelbar reagiert worden sei.“

Sicherheitslücken an vielen Flughäfen

Die Sicherheit der Zäune sei seit Jahren ein Thema, auf das die Sicherheitsbehörden die Fraport aufmerksam gemacht hätten, vor allem auch wegen der anhaltenden Terrorgefahr. Allerdings finde man noch immer „ein wirres Konstrukt an unterschiedlichen Zäunen vor, die offenbar leicht zu überwinden sind“.

Da reiche, wie man nun gesehen habe, schon eine Zange, um auf das Gelände einzudringen!“, äußerte sich dazu die GdP-Hessen. Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände forderte die Bundesregierung auf, die geplante Verschärfung des Strafrechts „schnellstmöglich“ umzusetzen. „Justiz- und Strafverfolgungsbehörden müssen vorsätzliche Flughafenblockaden schneller und konsequenter ahnden.“

Wachpolizei auf dem Prüfstand

Die Wachpolizei (WP) wurde im Oktober vor 24 Jahren eingeführt. Nach einer Pilotphase in den PP'en Frankfurt am Main, Mittelhessen und Nordhessen mit 110 Angestellten, erfolgte 2002 eine Aufstockung um 250 Wachpolizisten. Seit 2002 auch beim PP WH und PP SH.

Mittlerweile ist die Wachpolizei auch im HPE etabliert. Die Aufgabenwahrnehmungen haben sich über die Jahre weiterentwickelt und verändert. Mit GdP-Rechtsschutz konnten höhere Eingruppierungen erstritten werden.

Die Verantwortlichen im Innenministerium wurden nie müde, den Mehrwert der Wachpolizei zu beschreiben.

2022 wurde Staatssekretär Sauer zitiert: Die Wachpolizei bildet eine bedeutende Säule der Sicherheitsarchitektur. Die rund 800 Frauen und Männer unterstützen ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Polizeivollzugsdienst bei einer Vielzahl von Aufgaben. Bereits seit dem Jahr 2000 beschäftigt die hessische Polizei Wachpolizistinnen und Wachpolizisten.

Polizeibeamtinnen und -beamte können sich so verstärkt auf die Verhütung und Verfolgung von Straftaten konzentrieren. Im heutigen Polizeialtag ist die Wachpolizei vielseitig eingesetzt und nicht mehr wegzudenken“.

Was immer wieder Thema im Hauptpersonalrat der Polizei war und bleibt, ist die nahende Überalterung der eingestellten Jahrgänge bei der WP mit Blick auf die individuellen Arbeitsverträge. Denn anders als im Beamtenrecht haben die TV-H Beschäftigten das, was in den Arbeitsverträgen festgelegt ist, bedingungslos zu erfüllen. Bedeutet:

Ein Beamter, der aufgrund fortgeschrittenen Alters nicht mehr außendienstfähig ist und nicht mehr Streife fahren kann, findet Verwendung im Tagdienst. Ein Wachpolizist, der keinen Schichtdienst aufgrund Erkrankungen oder fortschreitenden Alters mehr leistet, ist zu entlassen.

Oder man stellt diesen finanziell schlechter (Rückgruppierung) und findet in einem anderen Tätigkeitsfeld Verwendung. Will man das?

Zahlreiche GdP-Veranstaltungen und noch mehr Schriftverkehr haben wir als GdP in den letzten 24 Jahren immer wieder produziert, um auch auf diesen Missstand hinzuweisen. Eines ist klar: die ersten Einstellungsjahrgänge haben

das 60. Lebensjahr überschritten und es wird nicht einfacher, den Belastungen im Schicht- und Wechselschichtdienst als Wachpolizist oder Wachpolizistin gerecht zu werden. Daher ist die Zeit überfällig, dass sich die Verantwortlichen im Ministerium und in den Behörden kreativ mit zielführenden Lösungen befassen.

Verbesserungen im Tarifrecht sind gerade in Hessen, das als einziges Bundesland das Tarifrecht selbst verhandelt, jederzeit und außerhalb von Tarifverhandlungen möglich. Packen wir es an!

hessenDATA erneut vor Gericht

Die Gesellschaft für Freiheitsrechte klagt erneut gegen die erfolgte Novellierung des HSOG. Die Ermittlungsbehörden und damit auch die Polizei brauchen klare gesetzliche Regelungen und die damit einhergehenden Werkzeuge, um Kriminalität einerseits wirkungsvoll, aber andererseits auch auf einem klaren gesetzlichen Fundament abgebildet, zu bekämpfen.

In einem Hörfunkinterview mit dem Deutschlandfunk bekräftigte der hess. GdP-Landesvorsitzende öffentlich die Sicht der GdP. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 16.02.2023 (Az.: 1 BvR 1547/19, 1 BvR 2634/20) auf Grundlage des § 25a HSOG für Rechtsklarheit gesorgt und festgestellt, dass der Einsatz einer automatisierten Datenanalyse oder -auswertung grundsätzlich zulässig ist.

Um hessenDATA weiterhin in vollem Umfang nutzen zu können, wurde eine Neufassung des § 25a HSOG unter Berücksichtigung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vorgenommen und trat am 12. Juli 2023 in Kraft.

Dies war erforderlich, da im Zuge der Digitalisierung Informationen in ihrem Umfang, sowie ihrer Komplexität zunehmen, gleichzeitig die Informationsverarbeitung zu einem integralen Bestandteil des Schutzes der Bevölkerung wird.

Was war die Kritik aus Karlsruhe?

Es ging insbesondere um Fragen der Bestimmtheit des Gesetzes, das wurde angepasst.

Das BVerfG hatte ausdrücklich klar gestellt, dass die Polizeien der Länder und des Bundes Analyseplattformen wie hessenDATA gemäß seinen Vorgaben nutzen können.

Mit Hilfe der Analyseplattform hessenDATA können rechtmäßig erhobene Informationen aus polizeilichen Anwendungen schnell und analytisch zusammengeführt werden.

Die kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit wird deutlich beschleunigt bzw. eine

ganzheitliche Auswertung großer Datenmengen überhaupt möglich.

Zur Gefahrenabwehr kann hessenDATA genutzt werden, dies ist fachlich notwendig. Die Eingriffsschwellen entsprechen einem rechtlichen Rahmen, den das BVerfG vorgeben hat.

Moderner Datenschutz ist in hessenDATA durch ein Rollen- und Rechtekonzept umgesetzt. Grundsatz: Je größer die Datenmenge, umso kleiner der Nutzerkreis, der auf die Daten zugreifen kann. Darüber hinaus wurde bei der IT-Sicherheit 2023 durch das Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie (SIT) eine umfangreiche Quellcode-Prüfung des bayrischen Systems „VeRA“ durchgeführt.

Hier konnten keine Schwachstellen identifiziert werden, die einen unzulässigen Abfluss von Daten unter Umgehung von Zugriffsbeschränkungen oder einen unautorisierten Zugriff von außen ermöglichen.

Erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung: 2020 wurden mit Hilfe von hessenDATA bundeslandübergreifende Täterstrukturen – konkret gab es Bezüge zwischen NRW und HE, beide Bundesländer nutzen die Analyseplattform im Zuge eines pädokriminellen Missbrauchskomplexes – aufgeklärt.

Durch hessenDATA konnten innerhalb von Minuten die entscheidenden Informationen aus riesigen Datenmengen identifiziert und ein Beteiligter festgestellt werden. Weitere Täter wurden ermittelt, festgenommen und mutmaßlich die Fortführung sexueller Missbrauchs handlungen an Kindern unterbunden.

Im Zuge der Nutzung von hessenDATA wurde die Analysefähigkeit der hessischen Polizei insgesamt deutlich optimiert, insbesondere bei der Bekämpfung von schwerer, organisierter und Staats schutzkriminalität.

Wenn ermittlungsrelevante Informationen nicht vorliegen und Informationen händisch zusammengeführt werden müssen, ist die Handlungsfähigkeit der Ermittlerinnen und Ermittler maßgeblich eingeschränkt. Wollen wir das?

Ergebnis:

Im schlimmsten Fall könnten Anschläge oder schwerste Straftaten nicht rechtzeitig verhindert werden. Die Polizei – und das ist ihr Anspruch und ihre Verpflichtung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern – muss sofort tätig werden können, wenn Gefahren erkannt werden. Der Nutzen für die Gesellschaft liegt in der Abwehr von Gefahren und mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.

In einer gemeinsamen Presseverlaut barung hatten schon 2023 der GdP-Bundesvorsitzende und der hess. Landesvorsitzende die Notwendigkeit eines deutschlandweiten Einsatzes von hessen DATA bekundet.

Die Einführung der Analyse-Software „Bundes VeRA“, die im Wesentlichen „hessenDATA“ gleicht, ist ebenso für die Beschäftigten von Bundeskriminalamt und Bundespolizei essenziell. Dem Bund soll dies nach Entscheidung der Bundes innenministerin verwehrt bleiben.

Das kann aus rechtsstaatlicher Sicht und insbesondere aus Sicht der dringend auf diese Software angewiesenen Kolleginnen und Kollegen absolut nicht nachvollzogen werden!“ Die Software „hessenDATA“ ermöglicht eine ermittlungsrelevante Datenauswertung in einem engen zeitlichen Zusammenhang zur Straftat. Neben einer deutlich effizienteren Polizeiarbeit bedeutet der Softwareeinsatz praktizierten Opferschutz“, stellten Mohrherr und Kopelke fest.

EURO 2024 – Sieger der Herzen dürfen nicht die hess. Polizeibeschäftigten sein

Finanzieller Sieger der EURO war eindeutig die UEFA. Verantwortlich für den reibungslosen Ablauf dieser „bunten Spiele in Deutschland“ waren einmal mehr die Polizeibeschäftigten.

Einige Innenminister und -Senatoren hatten das bereits erkannt und deren Beschäftigte in Berlin und NRW mit arbeitsfreien Tagen belohnt. Auch wir haben uns vor die Leistung unserer Kollegen gestellt.

In einem offenen Brief (in diesem Heft abgedruckt) an unseren Innenminister haben wir eine klare Erwartungshaltung formuliert: Die hessischen Polizeibeschäftigten dürfen nicht Sieger der Herzen sein!

Anders ausgedrückt: Wir fordern einen arbeitsfreien Tag für unsere erbrachten Leistungen ein. Ohne Wenn und Aber.

Leider liegt zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrages noch keine Antwort aus dem Innenministerium vor. Schade.

Denn sollte man ggf. mehrere Wochen brauchen, um möglicherweise schriftlich zu begründen, warum was nicht geht, hätte dies nach meiner persönlichen Auf fassung mit Wertschätzung überhaupt nichts mehr zu tun.

Schnell und unbürokratisch handeln und den Beschäftigten zeigen, dass man sie wirklich ernst nimmt.

Sollte ich mich geirrt haben, werde ich dazu öffentlich Stellung nehmen.

In diesem Sinne, Euer

Jens Mohrherr

KLARE KANTE: „NAZIS IN UNIFORM“ GEHT GAR NICHT

WER ÖFFENTLICH POLIZISTEN SO TITULIERT GEHÖRT VON AMTS WEGEN VERFOLGT

Ein Großaufgebot der Polizei, bestehend aus Polizeikräften mehrerer Polizeipräsidien, wurde anlässlich der erwarteten Gegendemonstrationen beim Auftritt des Rechtsextremisten Sellner im mittelhessischen Marburg eingesetzt. Business as usual? Weit gefehlt! Der rechtsextreme Österreicher zog es vor, in der mittelhessischen Provinz in einer „Hinterhofatmosphäre“ in Gladbach aufzutreten. Rechtsextreme Entgleisungen waren erneut Teil seiner Rede, diesmal traf es die Einsatzkräfte.

Ein demokratisches Bündnis, welches in Marburg zur Gegendemo aufrief, hatte aber die Öffentlichkeit auf ihrer Seite.

Positiv zu bewerten ist die große Anzahl der Bürgerinnen und Bürger, die sich öffentlich zum demokratischen Rechtsstaat bekannten und die Demokratie „laut und bunt“ schützten. Auch das Motto „Keine Propaganda für Remigration“ beider Demonstrationen war gut gewählt.

Die Polizei bei öffentl. Kundgebungen

Kernaufgabe der Polizei ist es, Gefahren abzuwehren und die Bürger und Bürgerinnen zu schützen. Wir verfolgen strafbare Handlungen, nehmen Menschen, die Gesetze brechen fest, und helfen, Straftaten und Verbrechen aufzuklären.

Bei großen öffentlichen Veranstaltungen sichern wir die Umgebung und sorgen für Ruhe und Ordnung unter den Menschen. Schutz von legitimen Versammlungen und Gewährung des grundgesetzlich verbrieften Rechts der Demonstrationsfreiheit bleibt Kernaufgabe der Polizei!

Unerträgliche Beleidigungen

Ein sogenannter Redner, der anlässlich der Gegendemonstration auch noch eine Plattform erhielt, dabei sein Gesicht mit Sonnenbrille und Kapuze unkenntlich machte, bezog die eingesetzten Polizeikräfte wie folgt in seinen Redebeitrag ein:

„Wir wissen schon lange, dass deutsche Polizisten die Faschisten schützen. Nazis in Uniform. Die einen tragen De gen, die anderen Pistolen!“

Diese Kollektivbeleidigung mündet nicht nur in den Anfangsverdacht einer Straftat, sondern macht sehr deutlich, dass diejenigen, die sich unter dem Deckmantel der Demokratie öffentlich Gehör verschaffen, dabei auch noch eine Plattform des Veranstalters zur Verfügung



Bild: GdP Bund

gestellt bekommen, den Rechtsstaat ablehnen, konsequent zu bestrafen sind! Der Rechtsstaat muss handeln!

Staatsanwaltschaft ermittelt

Anzeigen wegen den Anfangsverdachts der Verunglimpfung von Amtspersonen wurden indes gestellt, die Staatsanwaltschaft prüft nun weitere Tatbestände wie Beleidigung und Volksverhetzung.

Wo bleibt der Innenminister und PP

Ich bin persönlich nicht nur entsetzt, sondern auch enttäuscht, dass sich öffentlich weder unser Innenminister, noch der zuständige Polizeipräsident in Mittelhessen umgehend öffentlich vor die Polizei und damit die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen in Marburg gestellt haben! Alle Kräfte hätten dies erwartet.

Es ist zudem das Mindeste, was man abverlangen kann, nämlich zu seinen Leuten im Einsatz zu stehen, die so verunglimpft werden. Ich bin gespannt, ob vom eigenständigen Strafantragsrecht des Polizeipräsidenten Gebrauch gemacht wurde. Ich befürchte nicht.

Wie aus Medienkreisen zu erfahren war, wurden erst auf Anfragen entsprechende öffentliche Aussagen getroffen! Schade!

Dass die Identitätsfeststellung dieses „offensichtlich dem linken Spektrum zu-

gehörigen Redners“ nicht sofort festgestellt wurde, besorgt mich als Bürger dieses Staates zudem!

Wer war dieser Redner?

Welche Konsequenzen hat das?

Meine Kolleginnen und Kollegen haben eine klare Erwartungshaltung: Wir erwarten, dass die Staatsanwaltschaft nunmehr priorisiert ihre eingeleiteten Ermittlungen abschließt und zu einem Urteil kommt.

Dieses Urteil wird richtungsweisend für uns sein. Uns nutzen in diesem Fall weder Buhrufe der Bürgerinnen und Bürger, die sich diesen „Dreck“ auf dem Marburger Marktplatz mitanhören mussten, noch öffentliche Verlautbarungen eines Polizeipräsidenten, „man werde alle rechtlichen Schritte prüfen und dagegen vorgehen!“

Einen Bären Dienst haben der Demokratie und dem Rechtsstaat auch diejenigen erwiesen, die diesen Menschen an das Rednerpult gelassen hatten.

Wir lehnen jedwede Art von Extremismus ab, ganz gleich ob rechts-, links- oder islamistischen Extremismus.

Die Versammlungsbehörden müssen künftig genau prüfen, welche Klientel sich unter dem „Deckmantel der Demokratie“ aufmacht, dieselbe verteidigen zu wollen.

Beleidigungen und Anfeindungen erleben die Polizeibeschäftigten im Arbeitsalltag immer wieder. Wen aber interessiert das wirklich? Was müssen wir uns bieten lassen? Der „Nazi in Uniform“ ist nicht mehr zu toppen. Der Rechtsstaat und damit auch die Justiz muss dem durch schnelle und konsequente Urteile begegnen.

J. Mohrherr



AUF EIN WORT: SACKGASSE ODER BAUSTELLE

HESSEN SPIELT BEI DER VERFASSUNGSMÄSSIGEN BESOLDUNG WEITER AUF ZEIT

Auch vier Jahre nachdem das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) geurteilt hat, dass eine Unterschreitung des Mindestabstands zur Grundsicherung bei der niedrigsten Besoldungsgruppe direkt zur Verfassungswidrigkeit der Besoldung führt, ist der Mindestabstand zur Grundsicherung in Hessen nicht hergestellt.

Nach wie vor wird auf Urteile des BVerfG zu den anhängigen Hessischen Besoldungsklagen gewartet.

Allerdings hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in zwei Entscheidungen am 30. November 2021 sehr klar entschieden:

„Der Senat ist von der Verfassungswidrigkeit der für die Besoldung des Klägers im Zeitraum Juli 2016 bis Dezember 2020 maßgeblichen Vorschriften überzeugt. Die Alimentation war im streitgegenständlichen Zeitraum evident verfassungswidrig zu niedrig bemessen.“ Weiter: „Der Senat ist von der Verfassungswidrigkeit der für die Besoldung der Klägerin in den Jahren 2013 bis 2020 maßgeblichen Vorschriften überzeugt. Die Alimentation war im streitgegenständlichen Zeitraum verfassungswidrig zu niedrig bemessen“.

Dabei hat der VGH für die Hessische Besoldung die Kriterien des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Mai 2020 angelegt. Nach Ansicht des VGH war die stärkste Unterschreitung im Jahr 2019 zu verzeichnen.

In diesem Jahr habe die Alimentation in der Besoldungsgruppe A 5 Stufe 1 um 9,5 Prozent unterhalb des sozialrechtlichen Grundsicherungsniveaus gelegen.

Dass das BVerfG zu keinem anderen Ergebnis als der VGH kommen wird, dürfte auch der Einschätzung der Landesregierung und der Landtagsfraktionen entsprechen. Bisher wurden weder Berechnungen vorgelegt, wie hoch die Besoldung mindestens sein muss, noch wurde dargestellt, durch welche Maßnahmen das Land Hessen die Besoldung verfassungskonform weiterentwickeln möchte.

Die bisherigen Maßnahmen, eine (zusätzliche) Anhebung der Besoldung um drei Prozent im Jahr 2023 und eine wei-

tere zusätzliche Anhebung der Besoldung um drei Prozent im Jahr 2024, sind offensichtlich unzureichend.

Das geht sogar aus der entsprechenden Gesetzesbegründung hervor.

Dort heißt es:

„Es ist aber auf Grundlage der außer Streit stehenden verfassungsrechtlichen Leitlinien (...) erkennbar, dass die Anforderungen an eine verfassungsmäßige Alimentation mit den getroffenen Maßnahmen nicht zu erfüllen sind.“

Die Übertragung des Tarifabschlusses TV-H aus dem März 2024 auf die Beamtinnen und Beamten (schnell und zeitgleich) ist zu begrüßen!

Insbesondere, dass Tarifbeschäftigte und Beamte zeitgleich die Inflationsausgleichsprämie in Höhe von insgesamt 3.000 Euro erhalten, hat für spürbare Entlastung gesorgt. Durch die ausschließlich lineare Besoldungserhöhung zum 01. Februar 2025 um 4,8 Prozent und um 5,5 Prozent ab August 2025, hat die Landesregierung jedoch die Chance vertan, die Besoldungslücke zumindest ansatzweise zu schließen.

Die Übertragung der tariflich vereinbarten Sockelbeträge in Höhe von 200 Euro ab Februar und eine Erhöhung insgesamt um mindestens 340 Euro ab August hätte überproportional die unteren Einkommen gestärkt und somit eine Möglichkeit eröffnet, den verfassungsrechtlich erforderlichen Mindestabständen näher zu kommen.

Unserem Vorschlag, den Betrag in Höhe von 200 Euro als Mindestbetrag zu verstehen und die Besoldung unter Beachtung des Abstandsgebots gestaffelt anzuheben, ist die Landesregierung nicht nachgekommen.

Zum Ende der 20. Legislaturperiode lagen allein im Landesdienst 125.000 offene Widersprüche vor, die von 70.000 Beamtinnen und Beamten seit 2013 eingereicht wurden. Diese Widersprüche dürften Ansprüche auf Nachzahlungen erworben haben.

Dazu kommen die Widersprüche der Beamtinnen und Beamten der Kommunen und bei den Sozialversicherungen. Damit bestehen erhebliche Haushaltsrisiken. Auch hier müssen die erforderlichen



Mittel bereitgestellt und Vorsorge im Landshaushalt getroffen werden. Nachzahlungen für die vorenthaltene Besoldung in vergangenen Zeiträumen können nicht zu Lasten der gegenwärtigen Beschäftigten und ihrer Arbeitsbedingungen gehen. Das Land Hessen als Dienstherr ist weiterhin nicht attraktiv genug. Notwendig ist eine durchgreifende Verbesserung der Besoldungs- und Arbeitsbedingungen, um das Land Hessen als Dienstherrn wieder attraktiver zu machen.

Die Wochenarbeitszeit der Beamten wurde immer noch nicht an das im Jahr 2010 tarifvertraglich festgelegte Niveau angepasst. Nach der Anpassung der Wochenarbeitszeit für Beamte bis zum Alter von 50 Jahren auf 41 Stunden pro Woche in 2017 ist von der Landesregierung kein weiterer Schritt unternommen worden.

Dabei muss die Verkürzung der Arbeitszeit im Sinne einer höheren Arbeitsqualität und eines besseren Arbeits- und Gesundheitsschutzes, mit der Verhinderung von Verdichtung und Mehrbelastungen einhergehen, indem entweder Aufgaben reduziert werden oder mehr Personal eingesetzt wird.

Wir fordern das Land auf, endlich in ernsthafte Verhandlungen einzutreten, um zeitnah einen Weg zur verfassungskonformen Besoldung und zum Umgang mit den Widersprüchen zu finden. ■



Jens Mohrherr

„Zum Ende der 20. Legislaturperiode lagen allein im Landesdienst 125.000 offene Widersprüche vor, die von 70.000 Beamtinnen und Beamten seit 2013 eingereicht wurden. Diese Widersprüche dürften Ansprüche auf Nachzahlungen erworben haben. Man kann auch nicht dauerhaft auf Zeit spielen!“

100 TAGE IM AMT ALS HPR-VORSITZENDER POLIZEI

MEINE ERSTEN ERFAHRUNGEN NACH FAST VIER MONATEN

Am 27. Mai 2024 fand die konstituierende Sitzung des Hauptpersonalrats der hessischen Polizei nach den Personalratswahlen statt. In dieser Sitzung wurde ich einstimmig zum Vorsitzenden dieses Gremiums gewählt und konnte in der Folge mein neues Amt im Dienste der Beschäftigten der hessischen Polizei antreten. Die kommende Legislaturperiode wird die erste seit acht Jahren, die wieder reguläre vier Jahre dauern wird.

Die hessische Polizei hat aktuell zahlreiche Themen zu bewältigen. Kleine und große Themen gilt es zu bearbeiten, um kluge und vertretbare Lösungen zu finden.

Der (wahrscheinlich) größte Wandel der hessischen Polizei der letzten Jahrzehnte muss konstruktiv und kritisch begleitet werden, um für alle Beteiligten das best Mögliche herauszuholen und die Rahmenbedingungen im „Betrieb“ so positiv als möglich auszustalten.

Erste Herausforderung Fußball-EM

Das umfassendste Thema der ersten 100 Tage war sicherlich die Europameisterschaft 2024 in Deutschland und damit auch in Hessen. Der Spielort Frankfurt stellte die hessische Polizei erneut vor eine große Herausforderung.



Die Leitung (im Bild Thomas Schmidl als Gesamtleiter, 2. v.r.), spricht von 1.225 Planungstagen, 32 intensiven Einsatztagen und damit eine deutliche Sprache.

Eine Umstellung der Schichtpläne war auch mit diesem Großereignis verbunden. Nach vielen Diskussionen und Erörterungen im Vorfeld, verlief die eigentliche Veranstaltungszeit des Turniers weitgehend störungsfrei und ohne größere Zwischenfälle. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese knapp fünf Wochen eine sehr belastende und fordernde Zeit für alle Beteiligten gewesen sind.



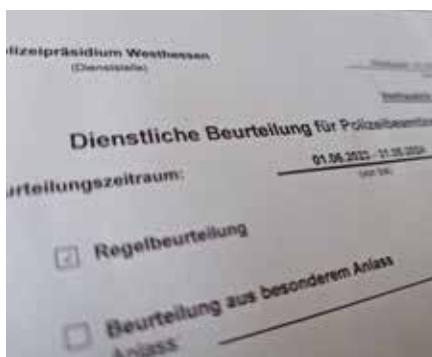
Dienstl. Kurzportrait Daniel Klimpke

- Seit 2003 bei der hessischen Polizei
- 2006-2015 verschiedene Funktionen im Wechselschichtdienst
- Beteiligt an einem Forschungsprojekt in der Bereitschaftspolizei, dem Landeskriminalamt und dem PP Westhessen
- 2015-2024 im geschäftsführenden Personalrat Westhessen, zuletzt Personalratsvorsitzender
- Seit 2024 Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei

Neben dem nicht alltäglichen Dienstgeschehen musste schließlich auch das Privat-/Familienleben organisiert werden. Egal ob Mainarena, Stadion, Taunusstein oder der Grundschutz, alle Aufgaben wurden durch die eingesetzten Kräfte vorbildlich abgearbeitet.

Als Wertschätzung für die geleistete Arbeit wurden durch das Innenministerium kurzfristig Gelder für eine Abschlussfeier freigegeben. 1.000 Beschäftigte der hessischen Polizei konnten den während der EM genutzten Verpflegungsstützpunkt in der Messe für eine kleine Feier in gebührendem Rahmen nutzen. Staatssekretär Rößler dankte den Einsatzkräften, auch stellvertretend für den im Urlaub befindlichen Minister, für das Engagement und lobte ausdrücklich alle Beteiligten. Einziger Wermutstropfen der Veranstaltung war die geringe Teilnehmerzahl, da weit mehr als die 1.000 zugelassenen Beschäftigten an diesem Großereignis beteiligt waren.

Beurteilungsrichtlinien – neuer Versuch



Neben diesem Großereignis gibt es zahlreiche weitere Themen, die die hessische Polizei derzeit beschäftigen. Ein immer wiederkehrendes Dauerthema sind landesweit einheitliche Beurteilungsrichtlinien.

Manch einer wird beim Lesen dieser Zeilen von einem Déjà-vu ereilt werden. Der wievielte Versuch dieser neuerliche Anlauf aktuell ist, kann kaum noch jemand genau sagen.

Bisher kam es nie zu einem Ergebnis, welches im ganzen Hessenland Anklang gefunden hätte und von allen Personalräten mitgetragen werden konnte.

Beurteilungen im Kontext mit AQV

Nun wurde durch das „Haus der Polizei“ ein neuer Versuch gestartet. Dies ist auch auf das Analyse- und Qualifizierungsverfahren zurückzuführen. Die hessenweite Auswahl von Führungskräften könnte mit einem einheitlichen Beurteilungsverfahren effektiver durchgeführt werden und sowohl transparenz- als auch akzeptanzfördernd wirken.

Die Beurteilungsrichtlinien werden durch eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Gremien, der Behörden und auch der Gewerkschaften erarbeitet, bevor das personalvertretungsrechtliche Beteiligungsverfahren eingeleitet wird. Es bleibt also auch in diesem Thema spannend, zumal Hessen wohl das einzige Bundesland ist, in dem es in der Polizei elf verschiedene Beurteilungssysteme gibt.

„Haus der Polizei“ als große Aufgabe

Das Schlagwort „Haus der Polizei“ ist auch der Grund, weshalb es nicht langweilig wird bei der Tätigkeit im Hauptpersonalrat. Man darf bereits jetzt behaupten, es bleibt kein Stein auf dem anderen.

Alles, was in der Vergangenheit vielleicht etwas stiefmütterlich oder auch gar nicht behandelt wurde, wird jetzt angepackt. Es gibt immer wieder die Aussage, dass es keine Denkverbote gibt.

Aus der „freien Wirtschaft“ werden Strukturmodelle adaptiert und Dienstwege verändert. Themen wie Strategie und



Bild: GdP



Bild: Siegler



Bild: A. Murer

Kampagnenauftakt „RESPEKT“

Führung, Digitalisierung, oder auch Organisationstrukturen, alles wird angepackt und verändert.

Leider müssen wir bzw. ich als Vorsitzender handelnde Personen immer mal wieder daran erinnern, dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit das Gebot der Stunde sein sollte. Viele gute, wichtige und vor allem längst überfällige Entwicklungen werden angestoßen.

Man könnte jedoch hier und da den Überblick oder Beschäftigte auf der Strecke verlieren. Daher ist es umso wichtiger, dass man auch nötige Veränderungen mit der gebotenen Ruhe angeht. Themen gibt es genügend zu bearbeiten.

Die personellen Ressourcen hingegen sind endlich. Auch dieser Faktor gilt berücksichtigt zu werden.

Weitere Themen, die durch den HPR Polizei derzeit bearbeitet werden sind u.a. Diversitätsmanagement, der Erlass äußerer Erscheinungsbild, oder aber auch die Personalentwicklungskonzeptionen, sowohl für den gehobenen als auch den höheren Dienst.

Erstes Resümee

Die ersten 100 Tage waren von vielen Terminen in unterschiedlichster Ausprägung in ganz Hessen gezeichnet. Ob Hessentag in Fritzlar, EM in Frankfurt, der Kampagnenauftakt „RESPEKT“ in Gießen, oder zahlreiche Arbeitssitzungen im Innovation-Hub in Frankfurt.

Der km-Zähler lief ordentlich rund. Neben zahlreichen Terminen standen auch viele Kennenlerngespräche an, ob mit dem Team des Ansprechpartners, der

Gleichstellungsbeauftragten für den höheren Dienst, oder dem Hauptschwerbehindertenvertreter.

Eine sehr große Hilfe gewährten mir während der ersten Einarbeitungszeit meine beiden Amtsvorgänger Karsten Bech und Jens Mohrherr. Bei beiden konnten wichtige Erfahrungen und Informationen abgerufen werden, die den Einstieg in das neue Amt wesentlich erleichtert haben.

Ich möchte euch bitten, mich im Amt auch durchaus kritisch zu begleiten. Ich bin darauf angewiesen, eure Meinungen zu transportieren und zu vertreten.

Oft nicht einfach, daher bau ich auf die Unterstützung aller Beschäftigten.

Bis bald.

Daniel Klimpke

WERTSCHÄTZUNG UND ERHOLUNGSZEIT FÜR UNSERE EINSATZKRÄFTE OFFENER BRIEF AN INNENMINISTER POSECK

In der Nachlese zur Fußball-EM in Deutschland hat sich die hessische GdP in einem offenen Brief an Innenminister Poseck gewandt.

Hintergrund ist die Wertschätzung der geleisteten Mehrarbeit der hessischen Polizeibeschäftigten.

Bereits im Vorfeld der Meisterschaft waren unzählige Menschen mit der Einsatzplanung und dem Sicherheitskonzept betraut. Insbesondere in der Hochphase des 4-wöchigen Events waren dann die Belastungen bei der gesamten hessischen Polizei zu spüren.

Sonderdienste und Umstellung des Schichtsystems sind nur einige Stichworte dazu. Die Beschäftigten der hessischen Polizei mussten ihr Privatleben daran anpassen, oft nahezu unmöglich.

Als Ausgleich und Wertschätzung haben wir gebeten, diese geleistete Mehrarbeit mit einem Tag Dienst-/Arbeitsbefreiung zu würdigen.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Poseck,

spannende, friedliche und vor allem arbeitsintensive Wochen liegen hinter der hessischen Polizei. Die UEFA-EURO 2024 hat in Deutschland und Europa, aber auch weltweit „positive Eindrücke“ hinterlassen. Die Herausforderungen, die unser Vorbereitungsstab in über 1200 Planungstagen im Vorfeld der EURO abzuarbeiten hatte, die bekannten bis hin zu unbekannten Einsatzszenarien im „Falle eines Falles“ vorzuplanen, sowie das reibungslose reagieren auf Lageänderungen zeugt von einer „polizeilichen Taktik“, die im bundesweiten Vergleich der Polizeien der Länder und des Bundes auf jeden Fall „meisterlich“ war.

Über das sportliche Abschneiden der DFB-Elf kann man streiten, auf jeden Fall ist unsere Mannschaft nicht nur gegen den Europameister 2024, sondern auch erhobenen Hauptes ausgeschieden. Hessen hatte mit insgesamt 5 Spielen im Waldstadion, wie auch Köln, Hamburg, Stuttgart und Düsseldorf, die viertmeisten Paarungen dieser EURO abzuarbeiten. Die Fanzone am Main in Frankfurt war zudem eine der größten Fanzzonen in Deutschland. Letztlich waren über 1 Millionen sportbegeisterte Menschen in der Partymeile am Main zu Gast.

Wieder einmal hat die hessische Polizei bewiesen, dass bei herausragenden Ereignissen durchweg „Spitzenleistungen“ von unseren Beschäftigten abgeliefert wurden. Im Vorfeld dieser EURO hatten wir als Hauptpersonalrat der Polizei genau mit diesem Wissen dem landeseinheitlichen Sonderdienstplan zugesimmt – alle Beschäftigten haben mitgezogen!

Ich möchte in diesem Schreiben bewusst nicht nur eine persönliche Reminiszenz auf die zurückliegenden Wochen ziehen. In vielen Gesprächen am Einsatzort Frankfurt, in den Dienststellen während der EURO, mit Polizeiführern, dem Landespolizeipräsidenten und ganz besonders mit unseren dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen wurde in nahezu allen Gesprächen ein großer Wunsch an mich herangetragen: **Bitte beratet unseren obersten Dienstherrn dahingehend, dass nach dieser personellen Herausforderung auch dringend erforderliche Erholungsphasen notwendig sind.** Ganz bewusst und vor dem Hintergrund vieler polizeilicher Herausforderungen bitte ich Sie als obersten Dienstherrn, die nunmehr laufenden Urlaubswochen, gerade mit Blick auf „geplante Sondereinsatzlagen“ sorgsam zu betrachten.

Gleichzeitig erlaube ich mir, als Vorsitzender der größten Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte einen Wunsch zu äußern: Herr Minister Poseck, **bitte gewähren auch Sie unseren Polizeibeschäftigten einen Tag Dienstbefreiung für diese erbrachte Spitzenleistung!** Ich bin mir sicher, dass damit die Motivation unserer Kolleginnen und Kollegen, aber auch der vielen tausend Familienangehörigen, die in den letzten Wochen oft auf die Väter und Mütter in der Polizei verzichten mussten, wirkungsvoll und mit einem sichtbaren Zeichen deutlich gestärkt wird.



**Gewerkschaft
der Polizei
Hessen**

DER AUFBRUCH IN EIN NEUES (BERUFS)LEBEN

FEIERLICHE GRADUIERUNGEN FANDEN LANDESWEIT AM 5. JULI 2024 STATT

Am Freitag, 5. Juli 2024 war es für die Studierenden, auch viele Familienmitglieder, Freunde und Partner waren natürlich mit dabei, des Studienjahrgangs 02 / 21 – P soweit: Landesweit fanden Graduiertesfeiern in Vellmar für den Standort Kassel, Gießen, Hofheim für den Standort Wiesbaden und Neu-Isenburg für den Standort Mühlheim am Main statt.

450 Absolventinnen und Absolventen, unsere neuen Kolleginnen und Kollegen, der Studiengänge Schutz- bzw. Kriminalpolizei wurden nach Ende des Studiums mit dem akademischen Grad „Bachelor of Arts“ (B.A.) ausgezeichnet.

Zudem gab es als sichtbares Zeichen auch die Schulterklappen für die Kolleginnen und Kollegen der Schutzpolizei. Die Kriminalbeamten und -beamten erhielten einen Ansteckpin mit Hessenlogo.

Mit einer herzlichen Begrüßung fand der Empfang der Studierenden und der zahlreichen Gäste in den festlichen Sälen der vier Städte statt.

Diese besondere Atmosphäre trug sicherlich mit dazu bei, den erfolgreichen Abschluss, diesen hatten sich die Studierenden mit Fleiß und Anstrengung erworben, zu feiern. Gleichzeitig hieß es Abschied nehmen von der Hochschule, der lieb gewonnen ersten „Dienststelle“.

Feiern war angesagt! Erwähnenswert: Es sind die Studierenden selbst, die diese Graduiertesfeiern organisieren und gestalten. Dafür gehört ihnen eine besondere Anerkennung an dieser Stelle ausgesprochen.



Bilder: HöMS



Die bereichernden Festansprachen in Nord-, Mitte-, West- und Südosthessen hielten Regierungspräsident Marc Weinmeister, Polizeipräsident (PP MH) Torsten Krückemeier, Polizeipräsident (PP WH) Felix Paschek und der Landesvorsitzende der GdP, Jens Mohrherr.

Mohrherr würdigte die Leistungen der Studierenden, aber auch die damit einhergehende Begleitung durch die Angehörigen, in den sicherlich nicht immer einfachen Zeiten.

Mahnende Worte richtete er mit Blick auf den Mord an Rouven Laur, der sich erst wenige Wochen vorher, am 31. Mai, in Mannheim ereignet hatte. Die gefahrgeneigten Tätigkeiten im Polizeialltag sind es, die häufig gerade in Alltags- und Routinesituationen auftreten, sind immer gegenwärtig. Für alle Absolventen in Neu-Isenburg gab's aus den Händen des GdP-Chefs den offiziellen UEFA-EURO Patch als Geschenk für die erbrachten Leistungen.

Bei den anschließenden Reden der Studierenden der Abschlussjahrgänge wurde die Bedeutung dieses Tages anhand einer beispielhaften Aussage deutlich:

„Heute sind wir alle hier mit einem lachenden, aber auch einem weinenden Auge. Die wundervolle Zeit unseres Studiums ist mit dem heutigen Tag beendet. Es ist ein Tag des Stolzes, der Freude, aber auch mit einer Portion Wehmut durch die Erinnerung an Vergangenes. Ich will von einer der schönsten Zeiten in meinem Leben erzählen. Und das war sie. Die gemeinsame Zeit im Studium mit meinen Kolleginnen und Kollegen, Freunden, die zu einem Teil der Familie für mich geworden sind.“

Nach Übergabe der Ernennungsurkunden zu Polizei- und Kriminalkommissarinnen und -kommissaren, sowie der Würdigung der Jahrgangsbesten durch die HöMS und der Polizei Hessen wurde dieser bedeutende Moment dann endlich mit Familienmitgliedern, Freunden und Hochschullehrkräften gefeiert. Die Dienststellen freuen sich nunmehr über die personellen Verstärkungen.

Wir hoffen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen allesamt gesund und behütet von den jeweiligen Diensten wieder nach Hause zurückkehren.

Jens Mohrherr



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen Westhessen, Polizeizentralbehörden und Hessisches Polizeipräsidium für Einsatz in der Gewerkschaft der Polizei und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für den Großraum Wiesbaden – Rheingau-Taunus – Hochtaunus – Main-Taunus und Limburg-Weilburg.

Für die Polizeizentralbehörden Hessen mit HLKA, HMdl, HPA und HPT und das Hessische Polizeipräsidium für Einsatz mit der Wasserschutzpolizeiabteilung, Polizeifliegerstaffel und den Standorten in Kassel, Lich, Mühlheim/M., Wiesbaden, Egelsbach und der Polizeireiterstaffel Hessen.

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrherr
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud, B. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Stephan Buschhaus, Oliver Jochum

Redaktion/Redaktionsanschrift:

Peter Wittig, Gewerkschaft der Polizei, BGZ Westhessen
Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden
Jörg Thumann, BGZ Polizeizentralbehörden, Schönberg-Str. 100, 65199 Wiesbaden
Jens Mohrherr, BZG Hessisches Polizeipräsidium für
Einsatz, c/o Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden
Gesamtredaktion: peter.wittig@gdp.de

Druck und Verarbeitung:

Saxoprint GmbH, Enderstr. 92c, 01277 Dresden

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.
Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsberecht des Herausgebers über.
Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.
Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-535 X)

MINISTER POSECK STELLT SICH BRENNENDEN FRAGEN

LANDESENIORENVORSTAND IN KLAUSUR MIT INNENMINISTER ALS GAST

Die diesjährige Landesseniorenvorstandsklausur fand im Wagnitz-Seminar bei Wiesbaden statt. Nach akribischer Vorplanung und den ausgesprochenen Einladungen konnten Minister Prof. Dr. Roman Poseck und Herr Maßberg, Abteilungsleiter V im Hessischen Wirtschaftsministerium und zuständig für die Bereiche Mobilität, Luftverkehr und Eisenbahnwesen, am zweiten Sitzungstag begrüßt werden.

Auch der Landesvorsitzende Jens Mohrherr nahm sich die Zeit und traf am ersten Sitzungstag ein. Der hochkarätige GdP-Vertreter und Mitglied im Bundesvorstand, Ewald Gerk, zudem Seniorenvertreter aus dem Bereich Osthessen, brachte aus seinem Arbeitsbereich ebenfalls reichhaltige Impulse mit.

Der erste Sitzungstag beschäftigte unsere Landesseniere mit einem reichhaltigen Themenkonvolut aus dem Land, dem Bund und den Bezirksgruppen. Keine Frage, unsere Landesseniere vertreten die über 2.500 Mitglieder in der hessischen GdP mit Herzblut. Nicht fehlen durften dabei auch die Planungen für das kommende Jahr 2025. Sobald die Vorplanungen in konkrete Ergebnisse münden, werden wir darüber berichten.

Minister von Klimaklebern aufgehalten

Minister Poseck kam leicht verspätet an. Grund waren die Klimakleber, die sich ausgerechnet an diesem Tag den Rhein-Main Flughafen als Protestort ausgesucht hatten.

Jens Mohrherr überreichte zu Beginn des einstündigen Gesprächs mit Bezug auf den offenen Brief der GdP und der damit einhergehenden Forderung, einen Tag Dienstbefreiung für die Polizeibeschäftigten wegen der herausragenden Dienstverrichtung in den zurückliegenden EM-Wochen zu entsprechen.

Für den gut erholten Innenminister, der im Übrigen seinen ersten Arbeitstag nach seinem Urlaub hatte, gab es zwei GdP Liegestühle sowie weitere Accessoires, die Herr Poseck mit in den nächsten Urlaub nehmen kann. Der GdP EM Patch durfte natürlich auch nicht fehlen.

Beihilfe, Zulagen und Wertschätzung

Beihilfe, Teilhabe und Bindung ehemaliger Polizeibeschäftigter, dazu gehört auch explizit die Ruhegehaltstüchtigkeit



Bilder: GdP

der Polizeizulage, bildeten die Themen-schwerpunkte.

Wochenlanges Warten auf Erstattung

Die derzeitige Performance der Beihilfesachbearbeitung, das lange Warten auf die Rückerstattungen und die Machtlosigkeit insbesondere älterer Versorgungsempfänger, die weder telefonische Beratung in Anspruch nehmen können, oder selbst Pflegefälle sind, waren hier gegenständlich.

Minister Poseck berichtete, dass sein Ministerium dazu arbeitstäglich im Kontakt mit dem RP Kassel steht. Er brachte auch die aktuelle Information mit, dass durch Optimierung bestehender Arbeitsabläufe innerhalb des RP Kassel das Ziel, im Herbst 2024 auf eine vierwöchige Wartezeit für die Antragstellerinnen und Antragsteller einzurichten, erreichbar ist.

Sorgen beim Landshaushalt und Zulage

Die Beratungen zum Nachtragshaushalt einerseits, sowie die Aufstellung des Landshaushalts für das kommende Jahr machen große Sorgen, so Prof. Dr. Poseck.

Die verfügbaren Finanzmittel sprudeln nicht mehr und der Rotstift muss ange-setzt werden. Man wolle zum 1.1.2025 den aktiven Kolleginnen und Kollegen in der hessischen Polizei die Polizeizulage auf 160 Euro erhöhen. Das sei zwar mit Blick in andere Bundesländer nicht der ganz große Wurf, zeige aber, dass die Landesregierung den Koalitionsvertrag durchaus ernst nähme.

Scharfer Widerspruch der Pensionäre

Darauf entgegneten die ehemaligen Polizisten, dass die Erlebnisse in der Dienstzeit eben nicht nach dem Ruhestand in den Dienststellen verbleiben!

Nein, vielmehr werden schlimme Ereignisse mitgenommen und begleiten tausende Kolleginnen und Kollegen ein ganzes Leben lang!

Roman Poseck konnte hier inhaltlich mitgehen, sieht sich aber derzeit bei dieser Thematik und mit Blick auf den Haushalt in einer „Zwangslage!“

Einig waren sich alle Anwesenden, dass die Legislaturperiode hoffentlich lang genug sei, um bei hoffentlich bald wieder sprudelnden Haushaltssmitteln hier dringend nachzulegen.

Erbärmliches Papier als Ausweis

Bescheinigung für Versorgungsempfänger/-innen

(nur gültig in Verbindung mit dem Personalausweis)
Pensioner's card (only valid with an identity card)
Carte de retraité (n'est valable qu'avec une carte d'identité)

Hans R.
geb. am
bezieht ab 01.08.2023
Versorgungsberechte
nach beamtenrechtlichen Vorschriften

Regierungspräsidium Kassel
Im Auftrag:
gez.



Hessenausweis – Ein Stück Recyclingpapier

Die Bindung ehemaliger Beschäftigter innerhalb der hessischen Polizei stand ebenfalls im Fokus. Er ist erbärmlich, so schilderten es die Anwesenden, wenn sich ehemals Beschäftigte mangels eines „Ruhestands-ausweis“ keinen Zutritt mehr zu den ehemaligen Dienststellen verschaffen können, oder sich anderweitig als Senio-ren ausweisen können.

Landeschef Jens Mohrherr verwies bei diesem Thema auf die neuen Dienstausweise der bayerischen Polizei. Dort wurde ein Ausweis nach Muster der offiziellen Polizeidienstausweise eingeführt.



Wertschätzung pur – Bayerische Karte

Interessiert zeigte sich Innenminister Poseck und sagte zu, dieses Thema nochmal im Landespolizeipräsidium im dortigen Fachreferat LPP 3 nachzufassen.

Jens Mohrherr verwies dabei auf die langjährigen Erörterungen im Hauptpersonalrat der Polizei, die leider nicht einvernehmlich das gewünschte Ergebnis brachten.

Unser oberster Dienstherr dankte nach der einstündigen Diskussion, die in Teilen kontrovers, aber immer vertrauenvoll und kollegial durchgeführt wurde. Die Anwesenden zeigten sich erfreut über den Besuch und die angekündigten Bemühungen und freuten sich, dass ein nächstes Gesprächsangebot folgen wird.

Der Leiter der Abteilung V aus dem Hessischen Wirtschaftsministerium, Herr Maßberg, berichtete zunächst aktuell von der Protestaktion der „Klimakleber.“ Auch für den größten deutschen Flughafen zeichnet das HMWT verantwortlich.



J. Mohrherr, Minister Poseck, B. Braun

ÖPNV-Nutzung im Ruhestand

Danach forderten die hessischen GdP-Landessenioren die Gleichbehandlung der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger mit den Rentnerinnen und Rentnern, was die Thematik Rentnerticket im ÖPNV anbelangt.

Nur, weil die ehemaligen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten einer besonderen Altersgrenze unterliegen, dürfen sie nicht von der Teilhabe ausgeschlossen werden. Damit einhergehend wurde die sich anschließende Diskussion ergänzend

auch in Bezug auf das hessische Landes-Ticket ausgeweitet.

Denn: Kein Dokument wird so schnell nach Aushändigung der Ruhestandsurkunde eingezogen wie das Landes-Ticket.

Wertschätzung geht anders. Die muntere Diskussion endete nach guten eineinhalb Stunden. Abteilungsleiter Maßberg sagte den GdP-Senioren auch ein weiteres Gespräch zu, um die beleuchteten Themenfelder weiterhin eng zu begleiten.

Lob für die aktive Seniorenarbeit

Bernd Braun, unser Landesseniorenchef, schloss am frühen Nachmittag die Klausursitzung. Jens Mohrherr dankte den Anwesenden für die inhaltlich tiefgehenden Erörterungen und sprach mit Blick auf die hochkarätigen Gäste auch sein großes Kompliment an die Anwesenden aus.

„Es ist gut zu wissen, dass ihr die Anliegen der Versorgungsempfänger und Rentner in unserer GdP vertretet!“ ■

Jens Mohrherr

POLIZEIPRÄSIDENTEN SIND KEINE POLITISCHEN BEAMTE

EHEMALIGER POLIZEIPRÄSIDENT VON KÖLN VOR DEM BVERFG ERFOLGREICH

Erfolgreich geklagt hatte der ehemalige Kölner Polizeipräsident Ahlers, weil man ihn nach den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht in den einstweiligen Ruhestand versetzt hatte.

Eine reine politische Entscheidung.

Während die hessische Landesregierung seit Jahren daran festhält, alle Polizeipräsidenten als politische Beamte gem. § 7

HBG, der die Posten der politischen Beamten des Landes festlegt, zu ernennen, fordert die GdP-Hessen diese Praxis und damit den Paragraphen nach der Rechtsprechung des BVerfG zu ändern.

Zuletzt entbrannte ein öffentlicher Streit um den Posten des HLKA-Präsidenten im November 2021.

„Gerade der LKA-Chef ist in vielen Bundesgremien vertreten. Dort soll er sich frei und ohne politischen Druck über Kriminalitätsphänomene seines Landes im Verbund austauschen können.“

Wenn er künftig angewiesen wird, dass bestimmte Kriminalitätsphänomene in Hessen nicht vorkommen, weil es nicht in die politische Agenda passt, ist das ein Problem. Dann verkommt die Kriminalitätsbekämpfung zum Politikum.

Deshalb lehnen wir die derzeitige Praxis, fast ausschließlich politische Beamte an die Spitze der Polizeibehörden zu bestellen, aus verfassungsrechtlichen Bedenken ab. Ein Polizeipräsident muss dem Gesetz, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet sein!“

Glaubwürdigkeit von Politikern in Bund und Ländern werden von Bürgerinnen und Bürgern insbesondere an schnellen Entscheidungen und Umsetzungen selbst angekündigter Maßnahmen gemessen!

Die Möglichkeit, Posten mit politischen Beamten zu besetzen, muss auf „eng begrenzte Ausnahmefälle beschränkt bleiben“, so der Tenor aus Karlsruhe.

Dem ist nichts hinzuzufügen!

„Innenminister Poseck muss seiner öffentlichen Absichtserklärung, nach dem Beschluss des BVerfG eine Gesetzesänderung in Hessen prüfen zu wollen, schnell Ergebnisse folgen lassen“, so der hessische GdP-Chef Mohrherr.

Wir sind gespannt. ■

GdP Hessen

GESCHICHTEN DER VERWALTUNGSANALOGISIERUNG

INNOVATION-DIGITALISIERUNG-MODERNISIERUNG! IN DER POLIZEI ANGEKOMMEN?

Der Weg zur zukunftsähigen Verwaltung ist lang und steinig, aber er muss gegangen werden. Für die öffentliche Verwaltung und gerade für die Polizei bedeutet dieser Weg die stetige Abwägung zwischen Nutzen, Komfort und Sicherheit. Dazu gehört neben dem Aufbau in Hessen auch die Vernetzung zwischen den Bundesländern und dem Bund, aber auch der Anschluss an internationale Systeme.

Eine Mammutaufgabe, zweifellos und ein Balance-Akt obendrein! Aber was wurde denn tatsächlich bisher umgesetzt? Digitalisierung bedeutet nämlich nicht nur, dass Vordrucke digital bereitgestellt werden und ein Postversand zugunsten von Mails entfällt.

Kartenzahlung im Bürgerbüro und ein Online-Formularschrank sind zwar nett, aber das kann und darf nicht alles sein. Digitalisierung ist mit Umdenken verbunden! Man macht sich frei von orts- und zeitgebundenen Beschränkungen, analysiert und modernisiert Prozesse, überarbeitet Produkte und Zuständigkeiten.

Es ist eine Transformation mit vielschichtigen Veränderungen und am Ende sieht vielleicht nichts mehr so aus, wie es mal im analogen Zeitalter war.

Heute Papier – morgen schon pdf

Für Behörden scheint jedoch das Ein-scannen bisher der Gipfel der Digitalisierung zu sein. Nicht nur praktisch, sondern vor allem sinnbildlich. Digitalisierung ist aber nur möglich, wenn sich das Mindset des Einzelnen ebenfalls verändert, oder zumindest den Fortschritt akzeptiert und nicht aktiv behindert.

In der Kultur des „Das haben wir schon immer so gemacht“-Beamten hat diese Denkweise jedoch wenig Platz, sich zu entfalten. Unflexibel nennt es der Pessimist, konservativ der Optimist und verbessерungswürdig der Realist.

Digitalisierung verlangt nach Effizienz

In Behörden machen viele das gleiche, nur halt anders und auch an anderen Orten. Gerade in der Polizei gibt es in jedem Präsidium eigentlich die gleichen Abteilungen, Hauptzachgebiete und Sachgebiete. Natürlich gibt es Einrichtungen, die auf lokaler Ebene Sinn machen, aber oftmals arbeiten schlichtweg an unterschiedlichen Orten viele Menschen an



Grafik: ipuwadol

gleichen Sachverhalten auf unterschiedliche und oftmals inkompatible Art und Weise. Das hat nicht nur zur Folge, dass sich die Prozesse unterscheiden, sondern auch, dass sie teilweise über die Grenzen des eigenen Wirkungsbereichs hinaus nicht praktikabel sind.

Einheitliche Prozesse sind jedoch die Voraussetzung für eine effiziente und nachvollziehbare Erledigung und auch für eine Transformation in die digitale Welt. Sie sorgen außerdem dafür, dass professionelle Anwendungen flächendeckend und kosteneffizient entwickelt oder lizenziert werden können und einen maximalen Nutzen erbringen.

Kreisklasse statt Champions League

Ketzerisch lässt sich sagen, dass alle auf Microsoft Office basierenden Verwaltungsprozesse nicht zukunftsähig sind, und zwar aus einem einfachen Grund: Es sind stets nur dauerhafte Provisorien, aber leider die Regel. Kreisklasse könnte man sagen, während man ebenso gut Champions League spielen könnte.

Dabei ist dem Großteil der Mitarbeiter in der historisch gewachsenen Laienverwaltung die allgegenwärtige Mittelmäßigkeit nicht einmal bewusst. So etwas wie eine Excel-Datenbank gibt es genau genommen gar nicht, Excel ist ein Programm für Tabellenkalkulationen.

Vier von fünf Beamten im Innendienst habe ich jetzt den Tag verdorben. Natürlich kann ich damit zum Beispiel eine Gerätübersicht erstellen, aber weiterführende Schritte sind nur schwierig oder gar nicht möglich, erfordern fragile Bastellösungen, sind mit einem Update eventuell schon untauglich.

In einer digitalen Behörde muss ich aus meinen Übersichten heraus alle gängigen Verwaltungsschritte einleiten und umsetzen können, angefangen beim digitalen

Übergabebeleg, über eine Personen- und Gerätehistorie, bis hin zum Aussiedlungsantrag. Ein ganzer Lifecycle muss sich innerhalb dieses einen Tools abspielen und per Klick und Datenübernahme gemanagt werden können.

Außerdem gehört ein ordentliches Mandantensystem dazu, das sowohl zwischen zentralen und dezentralen Zuständigkeiten, als auch kategorieabhängigen Berechtigungen unterscheiden kann.

Solange das nicht innerhalb einer einzigen Anwendung quer durch alle Kategorien, Bereiche und Zuständigkeiten von jedem Ort dieser Welt funktioniert, ist die Digitalisierung in diesem Bereich auch nicht abgeschlossen. Anstelle dieses nachhaltigen Ansatzes sprühen an allen Ecken und Enden aber Insellösungen aus dem Boden, die vielleicht für den Moment tauglich scheinen, auf lange Sicht jedoch zum Scheitern verurteilt sind.

Entschlacken und optimieren

Außerdem kommt der Zentralisierung von Zuständigkeiten eine hohe Bedeutung zu. Bei entsprechender Konzentration von Aufgaben, Fachwissen und Kompetenzen kann mit weniger Personal und richtigen Voraussetzungen höhere, dauerhafte und nachhaltige Leistung erzielt werden.

Der Verwaltungsapparat kann entschlackt und optimiert werden, muss es sogar. Keine doppelte Arbeit an dreifachen Stellen vom vierfachen Personal mehr! Welchen Sinn macht z.B. ein landesweites Konzept für dienstliche Smartphones, wenn die Geräte- und Vertragsverwaltung dann doch wieder dezentralisiert wird und zwischen den Präsidien hin- und herwandern muss?

Die Zentralisierung von vielen Aufgaben bedeutet in der modernen Gesellschaft nicht einmal die Zentralisierung von Arbeitsplätzen.

Im Jahr 2024 und nach einem pandemiebedingten Quantensprung in der Welt des mobilen Arbeitens ist ein kooperatives und konstruktives Zusammenwirken möglich, ohne sich über Rücken an Rücken stehende Monitore hinweg abstimmen zu müssen.

Die Einrichtung von zentralen Fachstellen mit bedarfsorientiert ausgebildetem Personal muss der laienbasierten Notverwaltung stets vorgezogen werden, um sach- und kosteneffizient zu agieren!

Automation statt Personalmehrung

Fällt viel Arbeit an, wird sofort nach mehr Personal gerufen. Dabei ist der erste Schritt und oft nachhaltigste Weg die Prozessoptimierung durch organisatorische und technische Anpassungen.

Ein beträchtlicher Erfolg kann z.B. durch die maximale Automation von wiederkehrenden Sachverhalten geschehen. Zum Beispiel war die Umstellung auf eine elektronische Bearbeitung von Rechnungen nur der erste Schritt zur erfolgreichen Digitalisierung. Es hat die Prozesse lediglich von Papier zu pdf geändert und ich muss meine Sachbearbeitung nicht mehr ausdrucken, sondern kann den Vorgang elektronisch weitergeben.

Konstruktiv wird es, wenn personelle Ressourcen entlastet werden, die elektronische Rechnungsbearbeitung also automatisiert wird. Hierzu muss zunächst eine maschinelle Auswertung der Rechnung erfolgen, also zum Beispiel eine Übernahme der Daten in eine Datenbank.

Daran schließt sich die intelligente Weiterbearbeitung an, die Unterscheidung zwischen wiederkehrenden Buchungen mit automatisierter Genehmigung bei Einhaltung gewisser Parameter und der datengestützten Weiterleitung zur Prüfung durch die entsprechende Fachstelle, die mit einem Klick die Korrektheit der Rechnung bescheinigt und die automatisierte Begleichung des Rechnungsbetrags freigibt. Vom Eingang der Rechnung bis zur Anweisung der Begleichung vergehen im besten Fall nur noch Sekunden.

„Aber die Vorgaben der Landesprüfstelle für Rechnungsbearbeitungsverschleppung von 1992 sehen das nicht vor!“, höre ich manch Beamten der „Wo kommen wir denn da hin“-Fraktion laut bei seiner nicht vorgesehenen Frühstückspause denken. Ja, wo kämen wir denn hin, wenn wir Prozesse und Vorgaben an den tatsächlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten ausrichten würden? Richtig! Voran!

Wenn das alleinige Hinterfragen von Prozessen bereits einen Affront bedeutet, wird vorsätzliche Fortschrittsverhinde-

rung betrieben. Korrekte und zielführende Prozesse und Vorgaben sollten sich leicht verteidigen lassen und wenn nicht, gehören sie schleunigst überprüft und modernisiert.

Digitalisierung = Attraktivität am Markt

Manchmal fühlt es sich wie eine kleine Zeitreise an, wenn man sich die Dienstgestaltung in Behörden betrachtet.

Es hat eine Pandemie gebraucht, damit neben der Telearbeit ein anderes Arbeitskonzept außerhalb des staatlich geprägten Einzelbüros überhaupt möglich wurde. Dabei ist die Option des mobilen Arbeitens mittlerweile ein absolut wichtiger Indikator für den Stand der Modernisierung eines Arbeitgebers und somit unmittelbar auch für seine Attraktivität am Arbeitsmarkt. Aber selbst seit feststeht, dass man sogar in einer Behörde mobil arbeiten kann, werden die Bestrebung zur Eindämmung dieser positiven Entwicklung nicht weniger.

Fehlende Ausstattung hier, Voraussetzungsdiktat dort, oder auch gerne mal eine Anwesenheitspflicht für Präsenzbesprechungen von 20 Minuten. Es ist mehr als offensichtlich, dass es auf vielen Ebenen keine echte Bereitschaft zur Modernisierung des Dienstalltags gibt. Klar, nicht alle Jobs sind standortunabhängig.

Stellen wir uns einmal folgendes vor:

Es ist Mittwoch, 09:30 Uhr. Sie kommen mit einer frisch gebrühten Tasse Kaffee auf die Terrasse des Ferienhauses auf Mallorca und setzen sich an Ihren Laptop. Es ist kein typischer Standardarbeitsplatz sondern ein Produkt mit dem Apfel-Logo, das mögen Sie einfach lieber.

Aber es spielt keine Rolle, denn Sie können jederzeit und von jedem Ort über eine gesicherte Einwahl webbasiert auf alle dienstlichen Daten und Anwendungen zugreifen. Bei der Einwahl überprüft ein spezieller Server vor der tatsächlichen Verbindung zum Polizeinetz, ob ihr privates Endgerät den aktuellen Sicherheitskriterien entspricht und baut danach die Verbindung auf. Sie bestätigen Ihre Identität mit Ihrem Passwort und über die Authentifizierungs-App auf Ihrem Smartphone. Ein Team-Meeting steht an, selbstverständlich per Video-Call über die für alle verfügbare Anwendung „Cop-App“, dem Polizeimessenger, dessen Name scherhaft an einen anderen berühmten Messengerdienst erinnert.

Währenddessen werden Ihnen Dokumente und Anträge zur Mitzeichnung digital vorlegt, die Sie auf Ihrem Smartphonedisplay unterschreiben. Danach gehen die Vorgänge zur nächsten vorab

festgelegten Station zur Prüfung und Unterschrift.

Das neue Vorgangssystem funktioniert einwandfrei, spart Zeit und legt alle Dokumente und Daten revisionssicher ab. Selbst bei Korrekturen werden diese unmittelbar allen vorangegangenen Zwischenstationen zur nachträglichen Freigabe vorgelegt und auf die konkreten Änderungen reduziert.

Dann ist 18:00 Uhr, Feierabend. Sie trennen die Verbindung zum Polizeinetz, öffnen Netflix und genießen die Abendsonne. Das Leben als Behördenleitung kann so schön sein. Danke Digitalisierung!

Klingt doch deutlich besser als die Vorstellung, zwischen Senseo-Maschine, Leitz-Ordnern und 500-Lux-Emittierer in einem fensterlosen Büro Mehrzweckbeleg ausgefüllen, nach 8 Minuten Fußweg zum Drucker diese mit Unterschrift wieder einzuscannen und dann das Original abzuheften.

Die öffentliche Verwaltung konkurriert mit der freien Wirtschaft um geeignetes Personal und kann es sich nicht leisten, weiterhin in der digitalen Antike festzustecken. Schon aus purem Egoismus muss sich in diesem Bereich einiges tun.

Aber eine Kernsanierung der digitalen Infrastruktur ist auch erforderlich: Bund und Länder schalten und walten mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger und sind verpflichtet für ihre Steuern eine attraktive und effiziente Verwaltung bereitzustellen.

Wir müssen weg von den vorsätzlich fahrlässig verursachten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch Überbürokratisierung und hin zu einem agilen Staat mit dynamischen Lösungen.

Das ist nicht allein ein Problem der Polizei, sondern der gesamten öffentlichen Verwaltung. Die wenigen Möglichkeiten, die es heute bereits gibt, werden nicht richtig beworben, sind nicht fertig entwickelt oder fehlerhaft.

Kennen Sie z.B. die BundID?

Ich betrachte mich als relativ gut informiert, aber bis ich durch Zufall vor Kurzem darauf gestoßen bin, wusste ich nichts darüber. Wie sieht es bei Ihnen aus? Das liegt auch daran, dass es keinen einfachen Zugang zu Informationen gibt, die ich nicht gezielt und explizit suche, so etwas wie einen Bundes-Newsletter, oder das Bundesinformationsportal BRDcast, das ich mir soeben ausgedacht habe.

Ein spannendes Konzept, liebe Ministerien für Digitales.

Sie wissen, wo Sie mich finden. ■

Björn Spangenberg

TRADITIONELLE KINDER-FERIENSPiele BEIM HPE

REKORDTEILNEHMERZAHL VON 32 KINDERN GENIESSEN DIE WOCHE BEI UNS

Die mittlerweile traditionellen Ferienspiele in der ersten Ferienwoche der hessischen Sommerferien fanden mit einer neuen Rekord-Teilnehmerzahl von 32 Kindern im HPE und den Räumlichkeiten der Direktion BP West statt. Bereits um 07:30 Uhr öffneten sich die Türen zum Aufenthaltsraum und die ersten Kinder strömten in den Raum. Die „Wiederholungstäter“ wurden mit „High Five“ begrüßt, die „Erstlinge“ waren noch etwas schüchtern und „checkten“ erst mal die Lage ab.

Nach einer ordentlichen Stärkung in der Kantine ging es direkt los. Vom Außenbereich wurden deutliche Hämmer-Geräusche wahrgenommen, denn als Bastelaktion für die komplette Woche haben wir uns etwas Besonderes ausgedacht.

Dank der Unterstützung einiger Kollegen, konnten die Kinder Namensschilder nageln, und diese dann mit Wolle umspannen, um sie als nette Erinnerung mit nach Hause zu nehmen.

Was haben die Kinder in der gesamten Woche erlebt?

Auf jeden Fall so viel, dass sie erschöpft jeden Nachmittag nachhause kamen und teilweise auf den Rückwegen in die Mudra/HPE oder nach Hause einschliefen.

Alleine das Erlebnis mit 32 Kindern gemeinsam den Tag zu verbringen von 07:30 – 15:30/15:45 Uhr, war gerade für die Jüngeren anstrengend. Dazu rundeten noch verschiedene tolle Erlebnisse das Ganze ab.

Ob die Selbstverteidigung mit Ralf, der Besuch im Opel Zoo, der Barfuß-Pfad in Bad Sodenheim, die Feuerwache 2 in Wiesbaden inklusive Pool Besuch, der Ausflug auf den Spielplatz in Delkenheim,



Bilder: GdP HPE

die Reiterstaffel in Frankfurt und die Sporteinheit mit Steffi; es war für jede/jeden etwas dabei.

Wenn man zwischendurch doch noch etwas Zeit hatte, wurde an der Bastelaktion weitergearbeitet, Fußball oder sonstige Ballspiele auf der großen Wiese am Klagenfurter Ring gespielt, oder mit Kreide die Bodenfläche in der Liegenschaft verschönert. Lego spielen durfte auch nicht fehlen.

Der Kreativität der Kinder waren keine Grenzen gesetzt.

Die GdP-Kreisgruppen mit dabei

Dank der Unterstützung der GdP Kreisgruppe Präsidium gab es als Abkühlung leckeres Eis und die Kreisgruppe Mudra versorgte die Kinder mit Turnbeuteln, Shirts und Stiften.

Bastelschilder fanden reißenden Absatz

Die Kinder ließen es sich nicht nehmen, ein Schild mit den Buchstaben des HPE zu gestalten und dieses in der Mittagspause an die Vizepräsidentin Frau Rahn und den Präsidenten Herrn Neutzler als Dankeschön zu überreichen.

Auch dem Küchenteam wurde ein solches Schild angefertigt, um sich für die

leckere Frühstücks-, Mittags- und Picknick-Verpflegung zu bedanken.

Wir sehen uns wieder

Der Abschied am Freitag fiel einigen etwas schwer, doch mit den Worten „Wir sehen uns bei den nächsten Ferienspielen vielleicht wieder“, zauberten wir ein Lächeln in die Gesichter der Kinder.

Müde, stolz und mit einem Lächeln auf den Lippen schauen wir auf die Woche zurück. Es war anstrengend, hat aber auch viel Spaß gemacht. Das Wetter hat mitgespielt und uns die Arbeit erleichtert, denn ein Indoor Programm wäre sicher nicht so schön gewesen.

Die strahlenden Kinderaugen am Ende eines Tages zeigten uns immer wieder, dass wir hier Gutes tun und die Eltern wirklich unterstützen, damit sie eine bisschen Erleichterung in den langen Sommerferien haben.

Und was gibt es Schöneres als sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen?!

Wir hoffen, weiter daran arbeiten und auch in Zukunft ein solches Angebot unterbreiten zu können.

Wir freuen uns auf euch!

Rebecca Gerstberger/Franziska Walter



EINE LEGENDE GING IN DEN RUHESTAND

DER EWIGE GEWERKSCHAFTER UND PERSONALRAT JÖRG THUMANN IN PENSION

Unser lieber Jörg Thumann, im Englischen Georg Do(it)man, hat es wieder mal getan. Am 13.06.2024 hat er vom Präsidenten der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit, Dr. Seubert, eine Urkunde angenommen. Die ermöglicht ihm nun, eine glorreiche Vergangenheit abzuschließen und sich neuen Herausforderungen zu stellen.

Nach nunmehr 44 Dienstjahren in der hessischen Polizei, davon über 24 Jahre auf dem Hügel der Weisheit alias HPS, ehemals HPA, aka HöMS, verlängert er sein dienstliches Wirken in einer ehrenamtlichen Tätigkeit seiner Heimatgemeinde als „Meister der Bürger“ oder wie manche behaupten:

„Jörg? Der ist geFlon Heim...!“

Auch dafür einen herzlichen Glückwunsch für das neue politische Amt.

Mit fachlicher Kompetenz, Humor und viel Herzblut ist es ihm gelungen, den Herausforderungen des Dienstes zu begegnen, nicht zuletzt auch im Personalrat, in dem er 13 Jahre gewirkt hat.

Seit 2018 hat er als Personalratsvorsitzender die Geschicke der Polizeiakademie Hessen und der HöMS begleitet, maßgeblich war er somit auch als Experte im Landtag zum Thema Wahlrecht für Studierende beteiligt. Letztlich erfolgreich.

Für seine Gewerkschaft GdP war er ein zuverlässiger Ratgeber für arbeitsrechtliche Themen und politisches Streiten, als Kreisgruppen- und Bezirksgruppenvorsitzender hat er aktiv die GdP in den von ihm verantworteten Themen vorangebracht. Dafür von uns allen vielen Dank.

Übrigens, der Name Thumann stammt aus dem Althochdeutschen und bedeutet so viel wie „freier Mann“.

In diesem Sinne lieber Jörg, Du bist jetzt frei, wir wünschen Dir alles Gute, lebe lang, lache viel, liebe oft oder wie der Launer sagt: „Carpe Omnia!“ ■

Marika Hertling



Bilder: Klimpke/privat



Ein herzliches Dankeschön:

Es ist schon beeindruckend, wenn man selbst erleben darf, wie ein Kollege nach 44 Jahren in den Ruhestand geht. Nicht als Beteiligter, als Redner oder gar Betroffener. Dies durfte ich selbst vergangenes Jahr am eigenen Leibe erfahren.

Genauer gesagt, ist es auch einmal schön, als Gast an einer solchen Verabschiedung teilzunehmen. Daher war es mir persönlich sehr wichtig, Mitte Juni auf den geheiligen, inzwischen wissenschaftlichen Hügel zu fahren, um eine Menge netter Menschen zu treffen, die mich nahezu alle schon das gesamte Berufsleben begleitet haben.

Im Mittelpunkt stand natürlich Jörg, der in Anwesenheit seiner Familie (Ehefrau Andrea mit Lea und Franziska), denen man den Stolz in den Augen ansehen konnte, insbesondere seiner Tochter Lea, einer jungen Kollegin aus Rheinland-Pfalz.

Vielen Reden galt es zu lauschen und alle in ihrer eigenen Art vorgetragen.

Dr. Seubert als Präsident, Personalratsworte von Knut Tamme, Worte des GdP-Vorsitzenden Jens Mohrherr und auch der ehemalige Personalratsvorsitzende Jörg Ehlig ließ sich dies nicht nehmen. Dazu eine magische Einlage von Uwe Mettlach.

Alle hatten eines gemeinsam, sie lösten bei mir in einer Zeitreise durch die Vergangeneheit viele Erinnerungen aus.

Jahrgangsmäßig gleich, begann Jörg selbst in seiner Ansprache seine Dienstzeit mit den Erfahrungen in den frühen 80-ern mit dem Stichwort „Startbahn 18

West“. Keine schöne Zeit. Einigen anwesenden Beteiligten dieser Zeit konnte man dies auch in den Gesichtern ansehen.

Aber er schilderte auch die schönen Zeiten bei der Polizei, die schließlich auch dazu führten, dass seine Tochter Lea den Weg in diesen Beruf einschlug. Nur nicht in Hessen, sondern Rheinland-Pfalz. Jörg schilderte einige Umstände hierzu, die diesen Schritt nachvollziehbar machten.

Nach allen spannenden Redebeiträgen übergab Dr. Seubert ihm dann die letzte Urkunde seiner Karriere, die er stolz entgegennahm.

Ich erlebte einen schönen Nachmittag und traf dabei auch noch eine ganze Reihe von netten Menschen, die man selbst kennenlernen durfte.

Lieber Jörg, die gemeinsamen Zeiten, gerade in der GdP und Personalrat werde ich nicht vergessen. Wir haben uns gegenseitig immer „befruchtet“ und unsere „taktischen Treffen“, gerade vor Wahlen, waren außergewöhnlich, und am Ende auch erfolgreich.

Was zu Beginn der Gespräche oft zunächst aussichtslos erschien, konnten wir dann doch gemeinsam lösen.

Nicht nur Beschäftigte in Kohlheck haben davon profitiert, auch viele von der „Straße“, die dort eine neue Heimat fanden und heute noch dankbar dafür sind.

Ich wünsche dir das gleiche Fingerspitzengefühl als Bürgermeister in Flonheim und freue mich auf ein Wiedersehen.

Mach es gut mein Lieber. ■

Peter Wittig



Blumen für die Ehefrau



Die „zweite Ehefrau“ gratuliert



GdP-Chef Mohrherr



Der „Unterhalter“ Jonas

EHRENAMTLICH ENGAGIERT WIE MAURICE

EIN NEUER VERTRAUENSMANN FÜR DAS 3. REVIER IN WIESBADEN

Die Bereitschaft für ehrenamtliche Tätigkeiten und gesellschaftliches Engagement bundesweit nimmt leider stetig ab. Der Altersdurchschnitt der Vorstände von Gewerkschaften, Vereinen und anderen ähnlichen Institutionen steigt, der Nachwuchs bleibt oftmals aus. Vor diesem Trend ist auch die Gewerkschaft der Polizei nicht gefeit.

Umso schöner ist es, ab und an vom Gegen teil überzeugt zu werden.

Michael Cimniak (Kassierer der KG Wiesbaden; im Bild links) und Stefan Krollmann (Vorsitzender der KG Wiesbaden; im Bild rechts rechts) durften bei der letzten Vorstandssitzung Maurice Bishop als neue Vertrauensperson für das 3. Polizeirevier begrüßen.

Maurice überzeugte von Anfang an mit großem Engagement. Schon nach kür-



zester Zeit kristallisierte sich seine uneigennützige und hilfsbereite Art anderen gegenüber heraus.

Was die Gremienarbeit der Gewerkschaft der Polizei in der Kreisgruppe Wiesbaden ausmacht, sind unter anderem solidarisches Zusammenarbeiten, aktuelle Diskussionen im Rahmen von Vorstandssitzungen, landes- und bundesweite Vernetzungen, politische Bildung, die Teilnahme an interessanten

Seminaren, begleitende Unterstützung bei Fragestellungen und Problemen von Kolleginnen und Kollegen, Organisation von Veranstaltungen und Streiks, sowie die Verteilung von Werbemitteln, Prämien und Geschenken.

Der Vorstand der Kreisgruppe Wiesbaden freut sich, mit Maurice Bishop einen jungen, engagierten und kompetenten Vertrauensmann gewonnen zu haben.

Wenn wir auch dein Interesse für gewerkschaftliche Tätigkeiten geweckt haben, würden wir uns sehr über dein Engagement in unserem Vorstand freuen.

Sei dabei, mit Überzeugung und Spaß als Ansprechpartner vor Ort. Die GdP-Mitglieder werden es dir danken.

Falls du noch Fragen hast, kannst du dich gerne per Mail an mich wenden gdp.kgwiesbaden@gmail.com ■

Stefan Krollmann

TUE GUTES UND REDE DARÜBER

Manchmal ist die Welt klein. Bei der Durchsicht und Inventur unserer GdP-Lagerräume fiel auf, dass wir zehn Reklamationstaschen mit geringen Beschädigungen gesammelt hatten.

Die ehemaligen Besitzerinnen und Besitzer haben schon lange Ersatz erhalten. Dies wurde „nach innen“ kommuniziert und schon bald hatten wir Uwe Mettlach am Telefon.

Uwe, der sich neben seiner Tätigkeit an der HöMS seit Jahren und Jahrzehnten der „angewandten Magie“ widmet, hatte Bedarf an allen Exemplaren bekundet.

Das reichhaltige Material, was unser „Polizei-Magier“ angesammelt hat, muss sinnvoll und mobil verstaut werden können.

Der Deal war einfach: für eine freiwillige Spende von 100.- Euro zu Gunsten der Hessischen Polizeistiftung wechselten Ende Juli die Besitzverhältnisse.

Der stellv. Vorsitzende der Polizeistiftung, Jens Mohrherr, bedankt sich für die Spende. Einfach, unkompliziert und hält eine „Win-Win Situation“ für alle Beteiligten. ■

Jens Mohrherr



HERZLICHER GLÜCKWUNSCH DER KG LM-WEILBURG



Bernd Wüst und Frank Jungmann

Eine der angenehmsten Termine sind immer die, bei denen man in strahlende Gesichter schaut.

Auch bei der Kreisgruppe Limburg-Weilburg war dies wieder einmal der Fall.

Unser pensionierter Kollege und langjähriges GdP-Mitglied Frank Jungmann, ein Urgestein der Polizei in Limburg, der in (fast) allen Dienststellen der Polizeidirektion eingesetzt war, konnte von unserem Vorstandsmitglied Bernd Wüst zu

40-jähriger treuen Mitgliedschaft geehrt werden.

Frank war und ist allseits bekannt als kompetenter und kollegialer Ansprechpartner und bei allen Kolleginnen und Kollegen äußerst beliebt.

Die Kreisgruppe Limburg-Weilburg spricht die herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit einem großen Dank für die Jahrzehntelange Mitgliedschaft aus. ■

Alexander Rödig

SENIORENSEMINAR VOM 23. - 25.04.2024 IN ZELLA

Schnell ausgebucht waren wir. Es gingen viele Anmeldungen in der Geschäftsstelle ein. Dass Zella eine Reise wert ist, hat sich in der GdP Hessen herum gesprochen. Wir entschieden zunächst, nur Kolleginnen und Kollegen zu berücksichtigen, welche in den letzten Jahren das Seniorenseniorat noch nicht besucht hatten. Wer keine Berücksichtigung fand, konnte seine Bereitschaft erklären, als Nachrücker erfasst zu werden.

Das Seminar war mit 26 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (inklusive der Partnerinnen bzw. Partner) voll besetzt. Zu ihnen gesellten sich Harald Dobrindt und Charly Braun für die Orga.

Zeitweise anwesend war auch der Landesseniorenpräsident Bernd Braun. Für notwendige Informationen und die Organisation der Besichtigung von Ziegenhain nahm zeitweise Kollege Hans-Joachim Barwe (genannt Urmel) teil. Es gelang leider nicht, alle zu einem Gruppenfoto zusammen zu bekommen. Geplant war es in der ersten Mittagspause. Einige waren immer unterwegs. Ein etwas abgespecktes Gruppenfoto entstand dennoch.

Aktuelle gewerkschaftliche Themen

Der Landesseniorenpräsident Bernd Braun berichtete über Aktuelles. Einen kurzen Blick warf man auf die damals anstehenden Personalratswahlen in Hessen. Bernd informierte über das neue Polizeipräsidium Einsatz. Er sprach die Gewalt gegen Polizeibeschäftigte an. Auf drei Themen ging er intensiver ein. Diese sind hier auch nur kurz erwähnt, da an anderer Stelle in den GdP-Publikationen ausführlich berichtet wird.

Bernd schilderte seine Erfahrungen von den zurückliegenden Tarifverhandlungen in Hessen. Das Ganze die Nacht hindurch bis zum frühen Morgen. Letztlich ein Ergebnis, das längst nicht alle Wünsche erfüllt. Man denkt aber, dass man damit leben kann. Bedauert wurde in dem Seminar, dass zu wenig für die Rentnerinnen und Rentner geschieht.

Der GdP-Bundesseniorenvorstand hat auch für sie eine Einmalzahlung (Inflationsausgleich) gefordert. Ein Dauerthema für die GdP ist die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage.

Ein Ärgernis stellt für die Beamtinnen und Beamten die lange Bearbeitungszeit bei der Beihilfe dar. Außerdem erreicht



man bei der Beihilfestelle kaum jemand, der einem eine Auskunft gibt.

Im Juli trifft sich der Landesseniorenvorstand zu einer Klausursitzung. Ein Artikel hierüber findet ihr in diesem Heft.

Harald Dobrindt bringt einen Vorschlag ein. Der Landesvorstand wird gebeten, für alle Beamtinnen und Beamten in Hessen ein Formular zu entwickeln, welches an das Innenministerium gesandt werden kann. Darin könnten unsere Mitglieder die lange Bearbeitungszeit der Beihilfe bemängeln.

Vorstellungsrunde – Erfahrungen und Erwartungen im Ruhestand

Eine Vorstellungsrunde der Teilnehmerinnen und Teilnehmer stand auf dem Programm. Inhalte waren ehemalige dienstliche Funktionen und besondere Ereignisse im Dienst. Auch die Erwartungen an die GdP wurden abgefragt. Aus dem privaten Bereich schilderten die Teilnehmer ihr familiäres Umfeld und ihre Hobbys. In welchen Vereinen und Verbänden waren oder sind sie noch aktiv. Jeder/Jede trug etwas mit eigener Schwerpunktsetzung vor. So entstand ein bunter Strauß von interessanten Informationen.

Das Gehirn

Erstmals referierte Ludwig Möller bei der GdP Hessen. Unser Gehirn, ein nicht so einfaches Thema. Er tat es in einer lockeren, lustigen und spannenden Art. Das Zuhören war nie langweilig. Unser Gehirn steuert die Körperfunktionen wie Bewegungen, Sehen, Hören, Riechen. Die drei Teile des Gehirns sind zuständig für Instinkte, Gefühle und Denken.

Die Funktionen der rechten und linken Gehirnhälften erläuterte Herr Möller. Obwohl unser Gehirn nur 2% des Körpergewichts ausmacht, benötigt es ein Fünftel der Gesamtenergie des Körpers und 20% des Sauerstoffs. Es muss wie jeder Muskel trainiert werden, um aktiv zu bleiben.

Praktische Übungen führte der Referent ebenso durch. Er stellte seinen Vortrag allen per Mail zur Verfügung. So kann jeder/jede das Gehörte nochmal nacharbeiten.

Besichtigung Ziegenhain

Bei der Fülle der angebotenen Informationen ist für die ältere Generation eine Pause erforderlich. So wurde am Nachmittag des zweiten Seminartages die Möglichkeit der Besichtigung von Ziegenhain gerne angenommen.

Hans-Joachim Barwe (Urmel) hatte wie immer alles perfekt organisiert. Ein sachkundiger Führer in historischer Bekleidung erklärte die Stadt und das Gefängnis. Ziegenhain – eine Stadt mit viel Geschichte, historischen Gebäuden und einem Wallgraben. Viele Exponate gab es im Schwälmer Heimatmuseum zu sehen.

Eine Schwälmerin erklärte engagiert die Geschichte der Menschen. In der Pause zwischen beiden Führungen gab es Kaffee und Kuchen in einem historischen Gewölbe.

Beihilfe – Pflegeberatung – Vorsorge

Von bewährten Referenten und Referentinnen wurden diese Themen vorgebracht. Zunächst erläuterte Gerhard Kaiser Grundsätze der Beihilfe.

Was zahlt die Beihilfe für Pensionäre oder für Angehörige im Pflege- und im Todesfall. Die verschiedenen Arten der Pflege, z.B. häusliche Pflege durch Angehörige oder einen Pflegedienst, Kurzzeitpflege im Pflegeheim, Heimaufenthalt, sprach der ehemalige Abteilungsleiter der Beihilfestelle an. Er stand auch nach dem Vortrag für persönliche Fragen der Sitzungsteilnehmer zur Verfügung.

Als Referentinnen von der Pflegeberatung COMPASS waren Frau Riedel (zuständig für den Bereich Fulda) und Frau Wilhelm (zuständig für den Bereich Gießen) erschienen.

COPASS berät kostenlos Mitglieder der privaten Krankenversicherungen. Für die gesetzlichen Kassen sind die Beratungsstellen bei den Kreisverwaltungen zuständig. COMPASS erreicht man unter der Telefonnummer 0800 101 88 00.

Beraten wird über Pflegestufen und was man in bestimmten Fällen erhalten kann. Die Leistungen aus der Pflegeversicherung sind bei allen Kassen gleich. Die Pflegeversicherungen decken immer nur einen Teil der entstehenden Kosten ab.

Sehr oft referierte schon bei der GdP Hessen Peter Schüttrumpf. Er ist der Seniorenvorsitzende der Bundespolizei. Seine Themen waren Vorsorgevollmacht, Be-



treuungsverfügung, Patientenverfügung und der Notfallordner.

Nachlesen können das Vorgetragene die Kolleginnen und Kollegen noch in der überreichten GdP-Broschüre „Sicher vorsorgen“.

Abschlussgespräch

Im Seminarplan stand dazu „Seminarkritik“. Ein Teilnehmer äußerte, dass er sehr schnell fertig sei, denn er habe nichts zu kritisieren. Alles sei gut gewesen.

Dies betreffe die Versorgung im Hotel Bechtel, die Referenten, den Seminarablauf und die Betreuung durch die Mitglieder des Landesseniorenvorstandes.

Verschiedene Änderungsvorschläge wurden eingebracht, diese aber nach genauerer Betrachtung wieder verworfen.

So blieb nur noch der Wunsch, dass die GdP Hessen dieses Seminar den Mitgliedern noch möglichst oft anbietet. ■

Harald Dobrindt

TSCHÜSS THUMI - WILLKOMMEN NEUER SENIOR

Es ist mit den Abschieden wie mit den Graduierungen, Vereidigungen oder Beförderungsrunden: viele sind dabei, alle gratulieren den Jubilaren und freuen sich mit. Derjenige, der an diesem Tag im Mittelpunkt steht, erlebt die Feierstunde meistens wie im Tunnel. Gut gemeinte Reden von Präsidenten und Freunden, Schulterklopfen allenthalben und Anekdoten satt. Sieht so der persönliche Rückblick auf deine Verabschiedung aus, lieber Jörg?

Ich möchte ganz persönlich auf das zurückblicken, was dich als Menschen und GdP-Personalrat ausgezeichnet hat:

Freundlichkeit, Verlässlichkeit und immer mit dabei, auch wenn es mal nicht so angenehm war.

Viel hast du in deiner Dienstzeit erlebt, Organisationsreformen, Polizeireformen, Präsidenten kamen und gingen.

Leider hast du auch viele gute Kollegen im Dienst verloren, das bringt leider die Zeit manchmal mit sich und tut weh.

Doch eines war stets Antrieb für dich: Die Arbeit mit und für die jungen Anwärterinnen und Anwärtern, dein Herzensanliegen über alle Jahre.

Dein langjähriger Lehrauftrag (VFHS und HöMS), dein Engagement in der Fahrschule und als Fahrlehrer hat es ganzen Generationen unseres Polizeinachwuchses ermöglicht, Lizzenzen und Fahrerlaubnisse erwerben zu können.

Erinnerungen an die Fahrschulzeit

Sicherlich werden sich auch viele von uns persönlich an dich erinnern, wenn du vom Beifahrersitz aus die Geschickte von uns „Fahrschülern“ gelenkt hast.



Stets stand der Mensch im Mittelpunkt. Du hattest mit Horst Enders auch einen äußerst guten Lehrmeister. Von ihm hast du vieles übernommen, allen voran das Sympathische.

Im Kampf für das Studi-Wahlrecht

Als Höhepunkt deiner gewerkschaftlichen und personalrätschen Arbeit nenne ich die öffentlichen Anhörungen im Hessischen Landtag an dieser Stelle.

Es ist dir und den anderen Teilnehmern gelungen, das Wahlrecht unserer Polizeistudis auch für den Hauptpersonalrat der Polizei zu manifestieren!

Es war unglaublicherweise per Gesetz beabsichtigt, dies einfach beiseite zu wischen. Bedeutet hätte dies, dass unsere Anwärter einen völlig fremden Hauptpersonalrat hätten wählen müssen, nicht aber den der Polizei!

Du hast dich imposant durchgesetzt und so das Wahlrecht für die Polizei erkämpft – danke dafür!

Familie war stets dabei

Deine Familie ist mitgewachsen und eine deiner beiden Töchter wird die Fahnen hochhalten, in der Polizei.

Leider in Rheinland-Pfalz. Hessen war schließlich nicht ganz so attraktiv.

Neue politische Herausforderung

Als Flonheimer Bürgermeister engagierst du dich jetzt im neuen Lebensabschnitt. Ein toller Vertrauensbeweis für dich und deine Arbeit – weit über das dienstliche Leben hinaus.

Am Tag deiner Verabschiedung war ich gespannt, wie dieser Tag denn verlaufen wird. Geladen waren viele – gekommen sind fast alle!

Ich zolle dir an dieser Stelle einen großen Respekt: Wer dermaßen beliebt ist, den begleiten auch viele Freunde am letzten Tag im aktiven Dienst.

Bis nach Mitternacht, so zumindest die Berichte aus gut unterrichteten Kreisen, wurde gelacht, gesprochen und gefeiert. Das hast du dir verdient.

Ich schließe mit vielen Erinnerungen gemeinsamen Wirkens und geselligen Stunden, verbunden mit einem breiten Lächeln und der Freude auf ein Wiedersehen: Mach's gut, Thumi! Bleib gesund und deiner GdP gewogen. ■

J. Mohrherr

OB DIE JUNGE GRUPPE MOTORRAD FÄHRT? JA, SICHER!

Erst in der letzten Vorstandssitzung des GdP-Landesjugendvorstandes wurde beschlossen, für unsere jungen Mitglieder bis 30 Jahre, neben den bereits bestehenden After-Work-Parties, den Bootsparties, den Bowlingturnieren und anderen Veranstaltungen, mal etwas Neues ins Leben zu rufen. Es stellte sich schnell die Frage, was zu jungen Leuten genauso gut passt, wie die sommerliche Witterung an einem Juli-Wochenende?

Und die Antwort darauf war schnell gefunden - Motorradfahren. Gesagt, getan!

In kürzester Zeit organisierte die JUNGE Gruppe zusammen mit der Kreisverkehrswacht Limburg-Weilburg ein Motorrad-Fahrsicherheitstraining für bis zu sechzehn junge Motorradfahrende.

Noch im letzten Polizei-Report bewarben wir die Premieren-Veranstaltung und boten den Mitgliedern an, sich auf das im Juli terminierte kostenlose Fahrsicherheitstraining zu bewerben.

Mit großem Interesse an dieser Veranstaltung erhielt die JUNGE Gruppe recht schnell eine Vielzahl an Bewerbungen. Sechzehn glücklichen Bewerberinnen und Bewerbern konnte die GdP schließlich eine Zusage erteilen.

Am Sonntag, 07. Juli 2024 war es dann so weit. Um 8 Uhr, bei anfänglich noch bewölkteter Witterung und kühlen 12°C, trafen alle Teilnehmenden aus allen Richtungen Hessens gut gelaunt auf dem Fahrtrainingsgelände der Kreisverkehrswacht in Hünstetten ein.

Nach offizieller Begrüßung und Einweisung in den Tag durch die erfahrenen Trainer Christopher Blum (Fahrlehrer an der HöMS) und Gerd Bräutigam (pensionierter HöMS-Fahrlehrer), hat auch das Wetter mitbekommen, dass jetzt Motorrad gefahren wird. Schnell zogen alle Wolken weg, die Sonne schien klar auf das Trainingsgelände und die Temperaturen stiegen auf angenehme 21°C.

Aufgeteilt in zwei Trainingsgruppen ging es dann endlich los. Zu Beginn wurde sich auf dem fahrenden Motorrad mit-



Bilder: GdP

tels fast schon akrobatischen Einlagen aufgewärmt. Dies brachte den ein oder anderen bereits ins Schwitzen, sorgte jedoch schon früh für ein großes Vertrauen in fahrerische Fähigkeiten und in die des Motorrades.

Anschließend wurde dann das, von vielen Motorradfahrenden im Alltag vernachlässigte, aber für die Steigerung der fahrerischen Fähigkeit unvermeidliche Langsamfahren vertieft. Es wurden Slalomfahren oder Passieren enger Gassen in Schrittgeschwindigkeit, Fahren enger Kreise, Wenden im engen Halbkreis, 90°-Abbiegen nach Stillstand und andere Geschicklichkeits- und Gleichgewichtsübungen durchgeführt. Ob Fahranfänger oder geübter Fahrer, hierbei kamen alle ins Schwitzen.

Nachdem sich nun jeder ausreichend an sein Motorrad gewöhnt hatte, starteten die Bremsübungen. Bei der kurzen theoretischen Einweisung in die jeweiligen Übungen wurden einige Gefahrensituationen dargestellt. Folgend konnten die Teilnehmenden mit ihrem Motorrad Gefahrenbremsungen, Ausweichen ohne Bremsen, Ausweichen mit vorangestellter Gefahrenbremsung, Gefahrenbremsungen auf Rollsplitt und weitere Übungen durchführen.

Zur Mittagspause durften sich dann alle wohlverdient auf eine vorbestellte leckere Pizza freuen.

Nach der Mittagspause fehlte dann noch eins. Kurvenfahren. Zur Gewöhnung an die kommenden Übungen wurde zunächst ein zügiger Slalom mit entspre-

chend schnellen Fahrtrichtungswechseln durchgeführt, bevor es dann in den Kreis ging. Hier konnten die Mitglieder die verschiedenen Kurvenfahrstile Drücken, Lehnen und Hängen praktizieren und für sich vertiefen. Auch die Angst über das Überfahren eines Holzbrettes in Schräglage wurde bei dieser Übung genommen.

Zum Abschluss des Tages wurde eine Kehre mit Steigung zunächst abgelaufen und theoretisch analysiert. Danach wurde diese mehrfach in beide Richtungen, mit dem Ziel die Kurve „perfekt“ zu nehmen, befahren.

Am Ende, gegen 16 Uhr am Nachmittag, war dann allen Teilnehmenden trotz eintretender Erschöpfung die Freude über den Tag ins Gesicht geschrieben.

Der Landesjugendvorstand bedankt sich bei allen motivierten Teilnehmenden für einen reibungslosen und unvergesslichen Tag. Ein großes Dankeschön auch an Gerhard Leist von der Kreisverkehrswacht Limburg-Weilburg für die Organisation und an Christopher Blum und Gerd Bräutigam für die Leitung des hervorragenden Motorradtrainings, welches ideal für alle Fahrlevel geeignet war.

Die JUNGE Gruppe zieht nach dem ersten kostenlosen Motorrad-Fahrsicherheitstraining ein äußerst positives Feedback und plant ein solches von nun an regelmäßig durchzuführen. Wir freuen uns schon darauf!

Allen Motorradfahrerinnen und Motorradfahrern eine allzeit gute Fahrt. Kommt immer gesund zurück.

■
Stefan Krollmann



GDP-MITGLIEDER BESUCHEN HISTORISCHE STÄDTE

GRUPPENREISE DER GDP FÜHRTE DIE REISENDEN DURCH FLANDERN

Eine Busrundreise durch Flandern in Belgien war schon länger ein ange- dachtes Ziel für eine GdP Gruppenreise mit Mike Messer – und so war das Programm über unser Partnerrei- sebüro „Schwabenland/PSG“ sorgfältig zusammengestellt und eine 8-tägige Rundreise mit dem Busunternehmen Markert aus Bingen-Gaulsheim konnte am 3.6.24 beginnen. Die Reisegruppe zählte fröhliche 20 Teilnehmer.

Unser kleiner und wendiger Bus mit Andreas, dem souveränen und super netten Fahrer, machte sich also auf den Weg.

Auf der Fahrt in Richtung belgischer Grenze war ein kleines Picknick eingeplant und kleine „Give Aways“ der GdP begeisterten die Reisenden.

Der Start in Antwerpen

Antwerpen war das erste Ziel für drei Nächte im Hotel „Mercure Antwerp-City“, das durch seine Nähe zur Altstadt optimale Ausgangsbedingungen bescherte.

So konnte auch der Stadtrundgang mit Reiseleiter Ludo Josen vom Hotel aus am nächsten Morgen beginnen. Die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz an der Schelde hat außer dem zweitgrößten Hafen Europas mit Industrie, Gewerbe und Diamantenhandel mit seiner wunderschönen Altstadt am „Grote Markt“ einiges zu bieten.

Es folgte eine Stadtrundfahrt mit unserem Bus und wir hatten einen besonderen Blick über die lebendige Hafenstadt.

Natürlich darf nach durchaus anstrengenden Rundgängen, u.a. auch durch den interessant gestalteten Hauptbahnhof Antwerpens eine Bierprobe aus ca. 300 belgischen Bieren im „Bier Central“ nicht fehlen. Es war geradezu verführerisch, möglichst viele Sorten bei tollem Wetter in den Biergärten zu kosten.

Station 2 in Gent

Am nächsten Tag war die Besichtigung der nicht minder interessanten Stadt Gent, der Hauptstadt der Provinz Ostflandern, vorgesehen.

Beatrice Truyen führte uns gekonnt und ausgiebig durch das Gewusel der Genter Altstadt, das zwangsläufig am Besucherzentrum der Kathedrale St. Bavo endete, wo der sog. „Genter Altar“ mit kompositorisch stark, lebendigen und farbenfrohen Originale von Pieter Paul Rubens



Alle Bilder: GdP

beherbergt ist. Diese eindrucksvollen und ausdrucksstarken Gemälde können einen schon in den Bann ziehen – man muss sich Zeit zum Genießen nehmen.

Gegen Mittag stand eine Grachtenrundfahrt im Plan, die das äußerliche Bild Gents mit dem malerischen Rathaus (15.-17 Jh.), der St. Nicolauskirche und der von der Lieve umspülten Wasserburg „Gravensteen“ eindrucksvoll abrundeten.

Brügge als nächste Etappe

Brügge, die Hauptstadt Westflanders am Flüsschen Reye mit dem Prädikat „Welkulturerbe der Unesco“ war das nächste Ziel unserer Rundreise und ich verspreche nicht zu viel, wenn das „Venedig des Nordens“ insbesondere mit dem faszinierenden Altstadtensemble bleibt Eindrücke hinterlässt.

In der Hauptstadt der Schokolade findet man aber auch die Elite der handwerklichen Schokoladenherstellung in rund 50 Chocolaterien mit der Geschichte vom Kakao bis zur Delikatesse ohne Palmöl. Man muss es einfach probieren und so wurden zahlreiche „Leckerlies“ für die Süßmäuler unserer Gruppe in den Chocolaterien erstanden. Natürlich gab es auf der Heimfahrt nach Antwerpen einige Kostproben im Bus zu genießen.

Ein letztes durchaus leckeres belgisches Bier im „Bier Central“, eine letzte Nacht in Antwerpen und bereits am nächsten Morgen startet die Reisegruppe Richtung Brüssel, dem letzten Ziel für zwei weitere Tage im Hotel „Marivaux“, das Gott sei Dank auch relativ zentrumsnahe lag.

In der Hauptstadt Brüssel angekommen

Es folgten erste Erkundungen in Richtung Altstadt, erste Eindrücke des umwerfend schönen Gesindehäuserensemblen rund um den Marktplatz und erneute Stopps in den unwiderstehlichen Chocolaterien an jeder Ecke.

Nach den selbsterlaufenen Highlights der Altstadt war zum Abendessen ein Lokal inmitten der sog. Brüsseler „Fressgass“ organisiert. Bei „Chez Leon“ traf sich die Gruppe in einem engen, aber urigen Nebenraum in der oberen Etage – und wir hatten außer einem guten Abendessen und leckeren Bieren sehr viel Spaß mit einer netten Bedienung, die uns alle Wünsche von den Augen ablas.

Die offizielle Besichtigungstour war für den nächsten Vormittag geplant und wir trafen uns pünktlich um 09:00 Uhr mit Sascha M. Salzig, einem echten Mainzer, der uns engagiert und mit viel Humor die europäische Hauptstadt Brüssel näher brachte. Zunächst natürlich zu Fuß durch die wunderschöne Altstadt mit ihren beeindruckenden Gesindehäusern bis zum „Manneken Pis“, das an diesem Tage in ein fürstliches Gewand gehüllt war.

Weiter dann mit dem Bus, der uns Richtung Oberstadt mit Königspalast und zu dem unübersichtlich großen Gelände des Europaparlamentes in einer spürbaren Vorwahltagekikt führte.

Natürlich darf in Brüssel ein Besuch des Atomiums mit 102 Meter Gesamthöhe nicht fehlen. Sascha ließ es sich nicht nehmen, uns in das Innere des wirklich eindrucksvollen Bauwerks mit 9 miteinander verbundenen, 18 m im Querschnitt messenden Kugeln zu begleiten. Es erwartete uns ein kleines Abenteuer mit Rolltreppen und Treppenstufen durch Verbindungsschächte, allerlei Informationen und ein herrlicher Rundumblick aus der obersten Kugel.

Sascha verabschiedete sich von uns während der Rückfahrt ins Stadtzentrum, wohin uns Andreas für letzte Besorgungen in wunderschön hergerichteten alten Einkaufspassagen im barocken Ambiente sicher verbrachte.



Ein absoluter Geheimtipp: Mit dem Fahrstuhl in die 12 Etage des neu erbauten Rathauses mit einem herrlichen Rundumblick und leckeren Drinks.

Vorbei an „Jeanneke Pis“, dem Pendant zum bereits erwähnten und bekannteren „Manneken-Pis“, traf sich unsere Gruppe wieder bei „Chez Leon“ zu einem deftigen Abendessen im 3 Gänge-Menue und ei-



nem letzten belgischen Bier bei ausgelassener Stimmung.

Wunderschöner Abschluss zum Ende

Einen wunderschönen Abschluss bescherte uns zufällig ein Konzert von vielen europäischen Militärkapellen und dies inmitten des historischen Marktplatzes in einer unglaublich schönen Abendstimmung. Es war perfekt.



Schöner kann man eine solch eindrucksvolle Rundreise nicht abschließen und zufrieden und voller unvergesslicher Eindrücke konnte am nächsten Vormittag die Heimreise angetreten werden.

Wir freuen uns gemeinsam auf die nächste Gruppenreise nach dem Motto: „Mit der GdP - egal wohin!“ ■

Mike Messer

„CRIME MEETS WINE“ – NEU UND BESONDERS

DIE NEUE AFTERWORK-PARTY DER GDP: GEMEINSCHAFT UND ENTSPANNUNG

Die Bezirksgruppen Einsatzpräsidium, Westhessen und Zentralbehörden veranstalten eine besondere Veranstaltung, die die Kolleginnen und Kollegen nach einem anstrengenden Arbeitstag zusammenführen soll:

Eine Afterwork-Party der Gewerkschaft der Polizei (GdP)! Unter dem Motto „Crime meets wine“ wollen wir an den Erfolg der Afterwork-Party der Jungen Gruppe anknüpfen und ein monatliches Format etablieren, weil es uns wichtig ist, die menschliche Seite der Polizeiarbeit zu stärken.

Ein Ort der Begegnung

Die Veranstaltung findet in einer gemütlichen Weinbar im Herzen Wiesbadens statt. Beim Lesen dieser Zeilen liegt das erste Event bereits hinter uns, vielleicht waren ja welche von euch dabei.

Die Wahl des Veranstaltungsorts war kein Zufall: Das Ambiente sollte eine lockere Atmosphäre schaffen, in der sich die Kolleginnen und Kollegen abseits des stressigen Arbeitsalltags treffen und austauschen können.

Mit guter Musik im Hintergrund und einer Auswahl an erfrischenden Getränken wird für das leibliche Wohl bestens gesorgt.

Ziel der Veranstaltung

Der Hauptzweck der Afterwork Party ist, den Teamgeist zu stärken und ein Netzwerk aufzubauen. In der heutigen Zeit, in der unser Polizeiberuf mit zahlrei-

CRIME meets Wine
Rebenschnüffler
aufgepasst:

29.08. | 26.09. | 31.10. und 28.11.2024
jeweils ab 17.00 Uhr
GLYG Bar
Kleine Schwalbacher Str. 8
65183 Wiesbaden

Wer zur Auftaktveranstaltung am 29.08. zuerst kommt, wird belohnt mit einem **Überraschungsdrink**, sponsored by GdP.
Nur solange der Vorrat reicht! Für Bier und alkoholfreie Getränke ist ebenfalls gesorgt. Wir freuen uns auf Euch!

GdP Landesbezirk Hessen - Wilhelmstr. 60 a - 65183 Wiesbaden - www.GdPHessen.de



**Gewerkschaft
der Polizei
Hessen**

chen Herausforderungen verbunden ist, ist es wichtig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusammenhalten und sich gegenseitig unterstützen.

Solche Veranstaltungen bieten eine hervorragende Gelegenheit, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und das Gemeinschaftsgefühl zu stärken.

Wertschätzung und Anerkennung

Die Organisatoren der GdP nutzen die Gelegenheit, um den Kolleginnen und Kollegen für ihre harte Arbeit und ihren Einsatz zu danken.

Bei der ersten Veranstaltung am 29. August wurde deshalb für jeden ein Willkommensdrink bereitgestellt.

Damit soll das Gefühl der Wertschätzung vermittelt werden.

Vielleicht motiviert dies auch den einen oder anderen, sich (weiterhin) aktiv in der Gewerkschaft zu engagieren. Wir freuen uns über jeden Mitstreiter.

Es sind zunächst vier Termine, jeweils am letzten Donnerstag im Monat geplant.

Am Jahresende wird Resümee gezogen und entschieden, ob die Veranstaltung im nächsten Jahr weitergeführt wird.

Also liebe Leute, schaut doch einfach mal rein und nehmt euch die Zeit für Entspannung, Musik, gute Gespräche und leckere Drinks. ■

Sebastian Schubert

ERSTER SEIN – FÜR VIELE DIE PURE VERUNSICHERUNG

EIN ERSTE-HILFE-KURS VON GDP UND DRK KREISVERBAND RHEINGAU-TAUNUS E.V.

Damit den Kolleginnen und Kollegen diese Verunsicherung nicht trifft, hat die Gewerkschaft der Polizei – Bezirksgruppe Polizeizentralbehörden – für den 05. März 2024 zu einem Erste-Hilfe-Kurs für Mitglieder der GdP in Wiesbaden eingeladen.

Durchgeführt wurde die Beschulung von Barbara Fath vom DRK Kreisverband Rheingau-Taunus e.V.

Eines vorweg:

Es ist alles besser, als nichts zu tun.

„Pro Jahr erleiden in Deutschland ca. 65.000 Menschen einen Herzstillstand. Bei etwa 60.000 von ihnen verläuft er tödlich“. So berichtet die Deutsche Gesellschaft für Kardiologie

In einem solchen Fall ist schnelles Handeln oberstes Gebot, denn bereits nach drei bis vier Minuten ohne lebensrettende Maßnahmen drohen den Betroffenen bleibende Schäden.

Wie war das denn noch bei uns früher?

Zunächst machen wir uns alle mal Gedanken über unsere eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten.

Natürlich haben wir alle – im schlimmsten Fall vor ewig langer Zeit – zum Erwerb unseres Führerscheines einen obligatorischen Erste-Hilfe-Kurs besucht. Und ja, viele der grundsätzlichen Maßnahmen haben sich überhaupt nicht verändert.

Doch die Hemmschwelle, dieses Wissen und das Erlernte im Ernstfall auch anzuwenden, ist oftmals riesengroß und bei vielen über die Jahre bereits in Vergessenheit geraten.

Erinnerungen auffrischen und nutzen

Genau hier wollten wir ansetzen und unser Wissen auffrischen bzw. veralte te Kenntnisse in neue Erkenntnisse verwandeln. So verbrachten wir einen sehr interessanten Tag im Wechsel zwischen theoretischer Schulung und praktischen Übungen am Campus Wiesbaden.



Bilder: Die Autorinnen



Digitale Unterstützung im Notfall

Ein am Rande erwähnter, aber für uns nicht unerheblich wichtiger Teil in der heutigen, digital stetig weiter wachsenden Welt, stellte die Vorstellung verschiedener Apps dar.

Gelangt man unterwegs in unwegsamem Gelände in eine Notlage, so kann zum Beispiel die App „Hilfe im Wald“ bei Freizeitsportlern und Wanderern im Notfall Leben retten.

Hier hilft die App, den eigenen Standort und den nächstgelegenen Rettungspunkt zum Anfahren für Rettungsfahrzeuge/ Helikopter, zu finden.

Eine weitere, sehr wichtige Unterstützung in der Anwendung bei Ersthelfern kann die App „BfR-App“ des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) sein. Die Informationen aus dieser App können lebensrettend bei Vergiftungen bzw. Vergiftungsunfällen bei Kindern und Erwachsenen sein.

Was haben wir gelernt?

Abschließend möchten wir festhalten ... es ist vollkommen egal, wann und wo der letzte Erste-Hilfe-Kurs besucht wurde, wie viel Wissen vorhanden ist und wie viel Angst man überwinden muss, um Erste Hilfe zu leisten ... alles ist besser als nichts zu tun! Einen Notruf absetzen kann jeder – wirklich jeder von uns allen!

■ Lisa Korbach und Annett Fritzsche

Warteliste

10.10.2024

Praxistag taktische Medizin - the next level!

Seminar

ACHTUNG!
Nur noch über Warteliste!

NEUER TIEFSCHLAG FÜR DIE ORDNUNGSPOLIZEI?

EINBINDUNG IN DEN BOS-FUNK IST ERFOLGT – ABER MIT HOHER EINSCHRÄNKUNG

Es dürfte sich inzwischen herumgesprochen haben – die Ordnungspolizeien/Stadtpolizeien sind nach 14 Jahren unermüdlichen Kampfes, mit ordnerfüllendem Schriftverkehr, bis hin zum Innenminister und Abgeordneten des deutschen Bundestags, nun endlich in den BOS-Funk eingebunden worden. Dies freilich nur mit strengen Einschränkungen, die ich hier etwas genauer betrachten möchte.

Die Nutzung des BOS-Funk ist jedem Ordnungspolizisten gestattet, der eine entsprechende Ausbildung dazu absolviert hat.

Damit ist die Nutzung des BOS-Digital Funks untereinander uneingeschränkt möglich. Das bedeutet, dass jede Ordnungspolizei einer Kommune, auf die ihr zugewiesene Gruppe schalten kann und dazu auch die Gruppen der umliegenden Ordnungsbehörden geschaltet werden können. Im Bedarfsfall kann sich die Landespolizei, nach vorheriger Absprache, auf die jeweilige Gruppe der Ordnungspolizeien aufschalten.

Diese Vorgehensweise bringt aus meiner Sicht das erste Problem an den Tag: Was, wenn sich unvorhersehbare Einsätze ergeben? Die Ordnungspolizeien können nicht auf die Gruppe der Landespolizei schalten, da diese Gruppen in den BOS-Geräten der Ordnungspolizei nicht programmiert sein dürfen.

Ebenso wenig kann die Gruppe der Feuerwehr geschaltet werden und diese, im Gegensatz zur Landespolizei, kann auch nicht auf die Gruppe der Ordnungspolizei zugreifen, was die Kommunikation unmöglich macht.

Jeder weiß, wie wichtig für alle Einsatzkräfte eine sichere Kommunikation untereinander ist. Dies betrifft alle Arten von Einsätzen, insbesondere die Notlagen.

Gerade der letzte Punkt erscheint mir, auch im Hinblick auf die Messerattacken der letzten Zeit, äußerst wichtig.

Natürlich können wir über die Notruffunktion der Funkgeräte die EZ direkt ansprechen. Diese würde sich dann mit der örtlichen Pst. in Verbindung setzen und evtl. wird von dort Hilfe geschickt, wenn die Personalressourcen zur Verfügung stehen. Aber sind wir mal ehrlich: In einer Notsituation zählt jede Sekunde.

Die Gesundheit der kommunalen Einsatzkräfte wird erheblich gefährdet, ein unhaltbarer Zustand wie ich meine.

Bei Einführung des BOS-Funk für die Ordnungsbehörden hat der damalige Innenminister Beuth, der auf die vorgenannten Notwendigkeiten hingewiesen wurde, verlautbart, dass nach einer gewissen Zeit der Erfahrung, wenn nötig nachgesteuert werden müsste.

Bis heute nur ein leeres Versprechen, das den Einsatzkräften nicht hilft. Die Notwendigkeit, hier für sinnvolle Veränderungen zu sorgen, sehe ich schon lange als gegeben. Damit aber nicht genug.

Nun hat der stellvertretende Landespolizeipräsident Dr. Wagner eine Anweisung an alle betroffenen Stellen herausgegeben, dass die örtlichen Polizeidienststellen keine Abfragen (POLAS/ZEVIS/EMA) der kommunalen Ordnungskräfte mehr beantworten dürfen.

Diese Abfragen dürfen nur über eine speziell eingerichtete Zentralstelle der Polizei in Kassel, beantwortet werden. Dies ist allerdings nicht so einfach, wie es sich liest: Die Abfragen sollen vorrangig in Schriftform, über ein gesichertes Behördenpostfach mit Kennwort, erfolgen.

Telefonische Abfragen von z.B. POLAS Daten sind in Einzelfällen möglich. Dies aber auch nur, wenn ein vorher zu vereinbarender Code genannt wird. Ich will das mal an einem Beispiel festmachen:

Man stelle sich vor, dass z.B. eine Jugendschutzkontrolle stattfindet, nachdem von diesen Personen zuvor eine mutmaßliche Straftat oder Ordnungswidrigkeit begangen wurde. Nun haben fünf von acht Personen keine Ausweispapiere dabei. Das macht eine POLAS Abfrage nötig.

Also greifen wir zum Hörer und rufen in Kassel an. Von dort soll ein Rückruf erfolgen, um das Kennwort zu erfragen. Dieser Rückruf erfolgt aber nicht zeitnah, sondern erst nach ca. einer halben Stunde.

Der Kollege aus Kassel beschwert sich dann zunächst darüber, dass diese Abfragen eigentlich nur in Einzelfällen erfolgen dürfen (hat sich so zugetragen).

Dazu fehlen mir dann die Worte, denn solche Regeln sind völlig praxisfern!

Ich kann mir gut vorstellen, welche Freude die Kolleginnen und Kollegen haben, um die Gruppe Jugendlicher, die evtl. vorher schon dem Alkohol zugesprochen

haben, oft respektlos auftreten, an Ort und Stelle festzuhalten, bis die Personen identifiziert sind. Aus meiner Sicht völliger Unsinn! Was sagt eigentlich die Rechtsgrundlage für unser Handeln aus?

In § 99 Abs. 2 HSOG heißt es in Satz 1:
„Hilfspolizeibeamtinnen und Hilfspolizeibeamte haben im Rahmen ihrer Aufgaben die Befugnisse von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten“.

Dieser Paragraph sagt eigentlich alles aus und der Gesetzgeber hat dies bewusst so beschrieben.

Viele Aufgaben der Landespolizei wurden an die Kommunen, mit Ihren Ordnungs-/Stadtpolizisten, übertragen. Unter dem Deckmantel des Datenschutzes werden wir so jedoch unsere gesetzlichen Aufträge nicht wahrnehmen können, dies ist nicht hinnehmbar.

Wir haben alle bei der Einstellung zum Ordnungspolizisten/Ordnungspolizistin eine Verschwiegenheitserklärung unterschrieben. Und beim BOS Funk-Lehrgang haben wir diese Erklärung nochmals unterschrieben. Genügt das nicht?

Welche Gründe sollte es geben, damit die Gruppen der Polizei nicht mitgehört werden dürfen?

Die Ordnungspolizeien übernehmen mehr und mehr Aufgaben der Landespolizei. Hier wird inzwischen gute und qualifizierte Arbeit geleistet.

Es mangelt jedoch aus meiner Sicht am nötigen Vertrauen in die Ordnungskräfte.

Sie möchten ihre Aufgaben verantwortungsvoll ausüben, dafür darf es aber nicht die beschriebenen Einschränkungen geben.

Bei all den Beschränkungen, denen wir uns ausgesetzt sehen, fehlt es mir auch etwas an dem nötigen Respekt gegenüber dem, was die Ordnungspolizei inzwischen leistet.

Zur Aufgabenbewältigung zählt der uneingeschränkte Zugang zum BOS-Funk (bezogen auf die jeweilige örtlich zuständige Polizeidienststelle und Feuerwehr).

Wenn das so nicht gewollt ist, dann doch wenigstens die Möglichkeit, nötige Abfragen wie bisher bei der zuständigen Polizeidienststelle machen zu können.

GEMEINSAM für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Hessen einzutreten, das stelle ich mir etwas anders vor. ■

Thomas Egenolf

TAGESAUSFLUG DER SENIOREN FÜHRTE NACH WORMS

Die BZG Westhessen hat auch dieses Jahr wieder zum Seniorenausflug eingeladen. Viele Pensionäre waren der Einladung zu einem erlebnisreichen Tagesausflug nach Worms gefolgt. Am 8. August starteten wir mit 2 Bussen. Die Ruheständler aus den Bereichen Rheingau, Wiesbaden, Untertaunus, Main-Taunus, Limburg-, Weilburg, Usingen, der Autobahnpolizei und die der Bereitschaftspolizei, sowie LKA und Polizeizentralbehörden waren eingeladen.

Ein Bus nahm die Teilnehmer aus dem Rheingau und Wiesbaden, sowie der Zentralbehörden auf. Der zweite Bus die Kolleginnen und Kollegen der Kreisgruppen Untertaunus, Hochtaunus, Bad Homburg und Limburg.



Im Weingut Clemens in Sulzheim trafen die Busse zusammen. Hier wurden alle Reisende mit einem Frühstück überrascht. Es gab in entspannter und gemütlicher Atmosphäre des Weingutes eine Portion Fleischwurst, Brötchen, Wein, Wasser und alkoholfreien Wein – und das bei tollem Sommerwetter.

Dann ging es weiter nach Worms, der Stadt der Nibelungen, unser Hauptreiseziel. Die Stadt Worms hat ca. 83.000 Einwohner und liegt am linken Rheinufer im Südosten von Rheinland-Pfalz. Bekannt ist Worms auch als Nibelungen- und Lutherstadt und für seinen christlichen Dom. Dieser ist nach dem Mainzer und



dem Speyerer Dom einer der drei romanischen Kaiserdoms in Deutschland.

Der Dom „St. Peter“ ist einer der kleinsten der drei Kaiserdoms. Er wurde von 1130 bis 1181 erstmals erbaut und nach Zerstörungen in 1698 und 1945 der jeweiligen Stilrichtung angepasst.



Alle Bilder: GdP

Nachdem wir die schicksalhafte Lutherstadt erreicht hatten, nahmen wir Platz in einem Doppeldecker-Bus und machten eine ganz besondere Stadtrundfahrt. Der Stadtführer im Bus versuchte, uns die Geschichte Worms, diesen besonderen Ort, dem ersten Weltkulturerbe der UNESCO in Deutschland, näherzubringen.

Nach dieser einstündigen Stadtrundfahrt, hatte man uns bis 15:00 Uhr in der Altstadt Zeit zur freien Verfügung zugesagt und es gab die Möglichkeit zum Bummeln in der Fußgängerzone und wetterbedingt natürlich der Besuch eines Eis-Kaffees. Denn um 15:00 Uhr erwarteten uns drei Führer im Dom.



Sie erklärten uns die doppelchörige romanische Pfeilerbasilika mit seinem Querschiff und vieles mehr! Interessant war auf jeden Fall auch der Hinweis auf den Zugang zu Himmel, Hölle oder Fegefeuer! Einige Besucher waren sich immer noch unschlüssig über den Weg in die Ewigkeit!

Nach dieser Führung stiegen wir wieder in unsere Busse und nun ging es in Richtung Mainz/Wiesbaden auf den Heimweg. Aber auf halbem Wege, in Schwabenheim im Weingut Bacchushof, fand dann für



die 65 Senioren der Abschluss statt. Hier gab es etwas Deftiges zu essen und bei einem Glas Wein aus Rheinhessen fand der Ausflug dann seinen Ausklang.



Wie all die Jahre zuvor, spielte auch an diesem Tage das Wetter für uns hervorragend mit. So werden wir auch im nächsten Jahr, hoffentlich wieder bei schönem Wetter, einen interessanten Ausflug ausuchen und planen!

Die diesjährige Planung und Ausarbeitung des Ausfluges hatte der Vorstand der Seniorenguppe der Bezirksgruppe Westhessen hervorragend geleistet.

Dafür ein Dankeschön!



Ein besonderes Dankeschön gilt aber Rolf Krause, der neben der Gesamtorganisation auch vor Ort gut hörbar die Leitung übernahm.

Dieter Kilian

